

## Russlands inneres Ausland: der Nordkaukasus als Notstandszone am Rande Europas

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (2010). *Russlands inneres Ausland: der Nordkaukasus als Notstandszone am Rande Europas*. (SWP-Studie, S 27). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-267216>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Uwe Halbach*

## Russlands inneres Ausland

Der Nordkaukasus  
als Notstandszone am Rande Europas

S 27  
Oktober 2010  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

SWP-Studien unterliegen  
einem Begutachtungsverfah-  
ren durch Fachkolleginnen  
und -kollegen und durch die  
Institutsleitung (*peer review*).  
Sie geben ausschließlich die  
persönliche Auffassung der  
Autoren und Autorinnen  
wieder.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2010

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

5	<b>Problemstellung und Empfehlungen</b>
8	<b>Russlands inneres Ausland</b>
10	Ausstrahlung ins nahe und ferne Ausland
11	Gewaltherd am Rande Europas
15	<b>Faktoren von Instabilität</b>
15	Sozialökonomische Probleme und Korruption
16	Jihad, Jama'at, Emirat: Islamistische Mobilisierung
19	Die externe Dimension des nordkaukasischen Jihadismus
21	Islamischer Traditionalismus versus islamistische Radikalisierung
22	Renaissance des ethnischen Nationalismus: Gefahr von Separatismus?
25	<b>Föderale Machtvertikale und subnationaler Autoritarismus</b>
26	Das neue nordkaukasische Gouvernement und sein Vizekönig
29	Die politischen Regime in den kaukasischen Teilrepubliken
30	<i>Der Kadyrow'sche Privatstaat</i>
32	<i>Dagestan: Vom ethnischen Konkordanzmodell zur Machtvertikale</i>
34	<b>Ausblick: Europa und der Nordkaukasus</b>
35	<b>Abkürzungsverzeichnis</b>

*Dr. Uwe Halbach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Forschungsgruppe Russland / GUS*

**Russlands inneres Ausland**  
**Der Nordkaukasus als Notstandszone**  
**am Rande Europas**

In den letzten 15 Jahren wurden Entwicklungen im Nordkaukasus, der zur Russischen Föderation gehört, überwiegend im Umfeld des militärischen Konflikts in Tschetschenien betrachtet. Man sah die gesamte Region vor allem als Nachbarschaft dieser Kriegszone und interpretierte Sicherheitsdefizite in ihr als Ausstrahlung dieses Konflikts. Nachdem in Tschetschenien ein Prozess des Wiederaufbaus die Kriegsphase abgelöst hatte, schwand die internationale Aufmerksamkeit für den Nordkaukasus. Seit 2009 kehrt sie zurück. Im April 2009 hob Moskau den zehn Jahre zuvor über Tschetschenien verhängten Sonderstatus einer *Zone der Terrorbekämpfung* auf. Damit besiegelte Russland eine Politik, die den Auftrag zur Bekämpfung des bewaffneten Untergrunds und zum Wiederaufbau der kriegszerstörten Republik von föderalen auf lokale Machorgane übertrug. Doch von regionaler Befriedung kann keine Rede sein. Weit über Tschetschenien hinaus erscheint der Nordkaukasus als Zone der Instabilität und Gewalt in der Peripherie Russlands und Europas, und die Faktoren der Instabilität hängen nicht mehr nur mit Tschetschenien zusammen. In seiner Ansprache vom November 2009 an die Föderalversammlung erklärte Präsident Medwedew die gesamte Region zum vorrangigen inneren Problem Russlands. Auch der Europarat bezeichnet in einem Bericht vom Juni 2010 die Lage dort als die heikelste im Einzugsbereich dieser Regionalorganisation.

Die fortgesetzte Konfrontation zwischen staatlichen Sicherheitskräften und bewaffnetem Untergrund stellt ein proklamiertes Ziel der Präsidentschaft Wladimir Putins (2000–2008) in Frage: die nachhaltige Befriedung der Region durch die Wiedereingliederung Tschetscheniens in den Verfassungsraum Russlands. Neben größeren Landesteilen wie dem Fernen Osten zählt Russland den Nordkaukasus zu seinen strategisch wichtigsten Territorien. Er umfasst sieben Teilrepubliken von Adygien im Schwarzmeerraum bis Dagestan am Kaspischen Meer. Seine Bevölkerung macht 6,5% der Gesamtbevölkerung Russlands aus und besteht überwiegend aus Muslimen, die Dutzenden Volksgruppen entstammen. Durch diese exponierte Grenzregion verlaufen wichtige Nord-Süd-Verkehrsrouten und Pipelines. Hier ragt Russland

in die kaukasische Gesamtregion hinein, deren Südhälfte mit ihren drei unabhängigen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan von ungelösten Sezessionskonflikten und der Konkurrenz externer Akteure um Einfluss charakterisiert ist. Die Grenze zu seinem »nahen Ausland« verläuft hier in einer Zone, in der sich Russland wie in keinem anderen Teil seines riesigen Staatsterritoriums strategischen Herausforderungen ausgesetzt fühlt. Die desaströsen russisch-georgischen Beziehungen stehen in diesem Kontext, der im August 2008 weltpolitische Aufmerksamkeit erlangte. Nach dem Fünftagekrieg installierte Russland in Abchasien und Südossetien eine Protektorats Herrschaft über Teile des Südkaukasus, hat aber noch nicht einmal die Sicherheitsprobleme in seinem eigenen nordkaukasischen Staatsterritorium im Griff.

Dieser *russländische Kaukasus* ist ein Gebiet prekärer Staatlichkeit und unvollendeter Dekolonisierung. Seine Föderationssubjekte bilden eine politische Notstandszone, die in hohem Maße von Korruption und extralegalen Machtausübung geprägt ist. In diesem Teil der Russischen Föderation kollidiert die »Illusion des Putinismus« am härtesten mit der Realität: die Vorstellung, Politik und Gesellschaft bis in den letzten Winkel des Landes vom Zentrum aus steuern zu können. Die zum Inbegriff der Putin-Ära gewordene *Machtvertikale* sollte hier in Territorien und politischen Gebilden durchgesetzt werden, die sich solcher Steuerung entziehen. Deshalb sucht die russische Regierung nun nach neuen Wegen, die kaukasische Peripherie unter Kontrolle zu bekommen. Im Januar 2010 traf sie grundlegende Maßnahmen zur Verwaltungsreform in der Region. Aus dem größeren *Südlichen Föderalbezirk* wurde eine eigene kaukasische Einheit herausgetrennt und als *Nordkaukasischer Föderalbezirk* neu geschaffen. An die Spitze dieses achten Großgouvernements setzte die Regierung Alexander Chloponin, ehemals Gouverneur der sibirischen Region Krasnojarsk und davor Leiter eines Rohstoffkonzerns. Er soll als neuer »Manager des Kaukasus« fungieren.

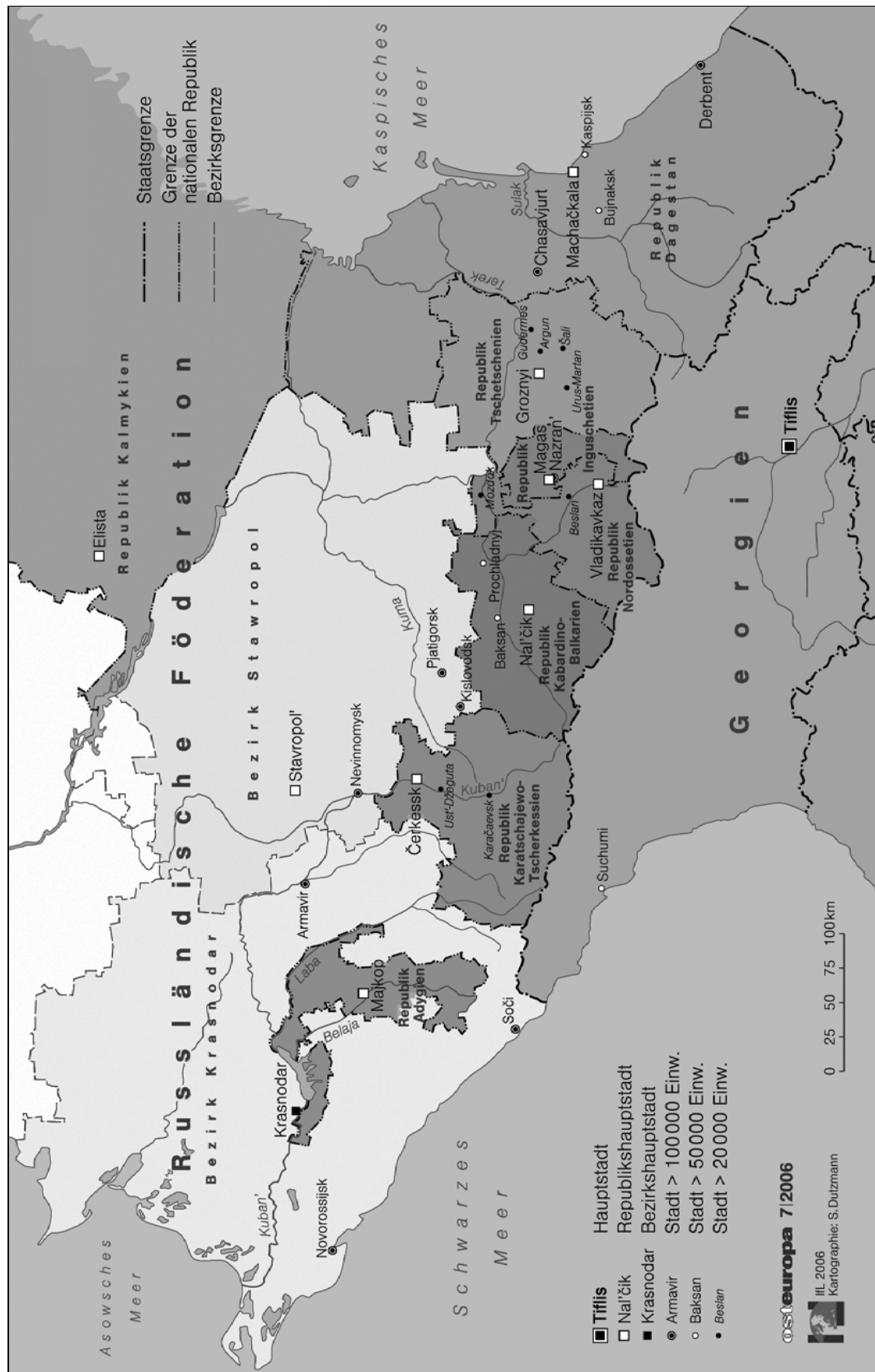
Mit der Verwaltungsreform geht eine neue, auf Wirtschaftsförderung und sozialökonomische Entwicklung setzende Kaukasusstrategie einher. Angesichts fortgesetzter Angriffe aus dem bewaffneten Untergrund bleibt aber fraglich, ob auf diese Weise die bislang eher kontraproduktive Strategie des gewaltsamen Durchgreifens einer Politik nachhaltiger Entwicklung weichen wird. Denkbar ist eine Zweiteilung der Nordkaukasuspolitik: Im ruhigeren und höher entwickelten Westabschnitt und im Umfeld des ambitionierten Projekts der Winterolympiade in Sotschi

2014 könnte intensivere Wirtschaftsförderung stattfinden, während im Ostabschnitt der Region weiterhin die Terrorbekämpfung dominiert.

In Europa sollte man an der Entwicklung in diesem »inneren Ausland« Russlands nicht vorbeisehen, auch wenn internationale Politik zum Nordkaukasus anders als zum Südkaukasus bislang kaum Zugang hat. Die Region ist – wie im Europarat dargelegt – ein exponierter Krisenherd am Rande Europas. In zwei Subregionen des postsowjetischen Raums vollzieht sich eine islamistische Mobilisierung auf der Grundlage instabiler regionaler Strukturen, nämlich in den Afghanistan vorgelagerten Teilen Zentralasiens und im europahanen Nordkaukasus. Nimmt man die Zahl der Terrorakte als Maßstab, ist der Nordkaukasus das brisantere Terrain.

Doch ein Terrorismus, der sich auf den Jihad beruft, ist nicht allein ausschlaggebend für die Gewaltspirale. In der Literatur zum Nordkaukasus werden mitunter Erklärungsschablonen präsentiert, die dazu dienen, islamistischen Akteuren oder staatlichen Sicherheitsorganen einseitig Schuld zuzuweisen oder einzelne Faktoren wie Armut, interethnische Konflikte oder Korruption zu verabsolutieren. Der Verfasser dieser Studie dagegen analysiert gerade die Vielfalt der Faktoren, die für Destabilisierung und Gewaltdiffusion im Nordkaukasus verantwortlich sind. Er setzt sich mit Entwicklungen auseinander, die weite Teile des Nordkaukasus zu Russlands innerem Ausland gemacht haben, prüft die am häufigsten genannten Faktoren für die Destabilisierung der Region und wägt die Chancen für eine Neuausrichtung russischer Kaukasuspolitik ab. Zu der von Präsident Medwedew gewünschten Modernisierungspartnerschaft zwischen Russland und Europa gehört der europäische Blick auf diese Problemregion Russlands. Berlin und Brüssel sollten Ansätze zu einer Modernisierung russischer Kaukasuspolitik und die russische Selbstkritik am bisherigen Vorgehen in dieser Region nachdrücklich unterstützen.

Karte  
Nordkaukasus





## Russlands inneres Ausland

Der Nordkaukasus, der aus sieben Teilrepubliken besteht<sup>1</sup> und in dem Dutzende Volksgruppen leben, bildet die islamische Süderperipherie des europäischen Teils der Russischen Föderation. Die russische Bevölkerung sieht diese Peripherie zunehmend als Fremdkörper und hat sich an Gewalt im Nordkaukasus gewöhnt. Aus dieser Gewöhnung herausgerissen wird sie dann, wenn Terroranschläge Menschen im Inneren Russlands treffen, wie bei den Sprengstoffattentaten auf die Moskauer Metro vom 29. März 2010, die 40 Todesopfer forderten. Vor diesem Einschnitt war die Einschätzung in der russischen Bevölkerung geteilt, was die Lage im Nordkaukasus betraf. Laut Umfragen eines führenden russischen Meinungsforschungsinstituts, des Levada-Zentrums, vom Sommer 2009 waren 38% der Befragten mit ihrer Regierung einer Meinung, diese Problemregion werde stabilisiert und dort könne nun ein friedliches Leben beginnen, während 20% wachsende Spannungen und 29% gar einen »dauerhaften Partisanenkrieg« feststellten.<sup>2</sup> Ein Jahr später ist die Bewertung noch skeptischer: Im August 2010 hielten 74% der Befragten die Situation im Nordkaukasus für »potentiell explosiv«.<sup>3</sup>

Präsident Medwedew machte in seiner Modernisierungsbotschaft an die Föderalversammlung vom 12. November 2009 klar, dass er die Lage im Nordkaukasus für das gravierendste innere Problem Russlands hält. In einigen Stellungnahmen russischer Regionalexperten erscheint der Nordkaukasus zunehmend als Region, die Russland verlorengibt.<sup>4</sup> Befragt zum zweiten Tschetschenienkrieg 1999, meinen heute 40% der Umfrageteilnehmer, Russland hätte die Finger von der

abtrünnigen Republik lassen sollen. Hätten die Meinungsforscher »Tschetschenien« durch »Kaukasus« ersetzt, wäre die Antwort möglicherweise ähnlich ausgefallen.<sup>5</sup> In der russischen Bevölkerung wächst nicht nur die Distanz zu diesem inneren Ausland, sondern generelles Misstrauen gegenüber kaukasischen und muslimischen Bevölkerungsgruppen des eigenen Landes.<sup>6</sup> In russischen Medien und Think Tanks wird verstärkt über den Umgang mit dem Nordkaukasus diskutiert. Einige Experten warnten eindringlich vor der Assoziation »Kaukasus – Islam – Terrorismus«, die eine schon fortgeschrittene Entfremdung der Region vom übrigen Russland weiter vorantreibe.<sup>7</sup> Präsident Medwedew ging seit 2009 mehrfach auf die Situation im Nordkaukasus ein und betonte dabei sozialökonomische Ursachen von Gewalt. Moskau ist seitdem sichtlich bemüht, den Eindruck zu verwischen, es widme den Problemen der Region zu wenig Aufmerksamkeit. Blitzbesuche in kaukasischen Teilrepubliken gehören seit Anfang 2010 zum Repertoire Moskauer Spitzenpolitiker.

Angeregt vom Terminus nahes Ausland, mit dem die russische Diplomatie die Nachbarn im GUS-Raum bezeichnete, kann man den Nordkaukasus Russlands inneres Ausland nennen. Dieser Begriff hat sich in ausländischen Analysen wie im russischen Sprachgebrauch etabliert. Der auffälligste Aspekt des inneren Auslands ist die demografische Entrussifizierung.<sup>8</sup> In der größten und ethnisch am stärksten differenzierten Teilrepublik Dagestan mit 2,7 Millionen Einwohnern aus Dutzenden Volksgruppen ist der russische Bevölkerungsanteil auf etwa drei Prozent gefallen. Dieser Prozess hatte schon in sowjetischer Zeit begonnen. Dementsprechend wird auch der Rückzug der

1 Von Westen nach Osten: Adygien (447 000 Einwohner, Hauptstadt: Maikop), Karatschajewo-Tscherkessien (440 000, Tscherkessk), Kabardino-Balkarien (901 000, Naltschik), Nordossetien (710 000, Wladikawkas), Inguschetien (467 000, Magas), Tschetschenien (1,1 Millionen, Grosny), Dagestan (2,7 Millionen, Machatschkala).

2 Zitiert in: *Nordkaukasus – Russlands inneres Ausland?*, 18.12.2009 (Russland-Analysen Nr. 194), S. 22, <[www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen194.pdf](http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen194.pdf)>.

3 »Majority of Russians View North Caucasus Situation as »Explosive« – Poll«, *Johnson's Russia List*, (16.8.2010) 155.

4 Aleksej Malašenko, »Kavkaz, kotoryj my terjaem« [Der Kaukasus, den wir verlieren], Moskau: Moskovskij Centr Karnegi, August 2009 (Brifing, Bd. 11, Nr. 3).

5 Ivan Suchov, »Naša strana« [Unser Land], in: *Vremja novostej*, 20.8.2010.

6 Valery Dzutsev, »Russian Government and Public View North Caucasians with Suspicion«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (15.3.2010) 50.

7 »Russia: Political Correctness Urged when Describing People from North Caucasus«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 2.4.2010.

8 Vitalij Belozero/Pavel Polian, »De-Russifizierung: aktuelle ethno-demographische Prozesse in Nordkaukasien«, in: *Geographische Rundschau*, Sonderheft »Kaukasien«, März 2006, S. 18–26.

russischen Sprache aus diesem Teil des Nordkaukasus befürchtet. Dagestan legte 2009 ein spezielles Regierungsprogramm zur Bewahrung des Russischen auf und rief einen Rat für russische Sprache ins Leben, der vom Republikpräsidenten geleitet wird.<sup>9</sup> Besonders drastisch verlief die Entrussifizierung Tschetscheniens infolge zweier Kriege. Die Republik mit angeblich 1,1 Millionen Einwohnern<sup>10</sup> ist heute mit einem tschetschenischen Bevölkerungsanteil von über 90% das ethnisch homogenste Föderationssubjekt der Region. Die beiden Kriege haben in ethno-demografischer Hinsicht tatsächlich zur *Tschetschenisierung* geführt, wie das Schlagwort für die russische Politik gegenüber der Kriegszone in den russischen Medien seit 2000 lautete. Die Russen, die am Ende der sowjetischen Periode noch ein Drittel der Bevölkerung ausgemacht hatten, begannen schon auszuwandern, als sich seit 1991 der Konflikt zwischen der tschetschenischen Nationalbewegung und Moskau verschärfte. Diejenigen, die noch in Tschetschenien ausgeharrt hatten, flohen während der militärischen Eskalation seit 1994. Die lokale Zivilbevölkerung freilich ging bei diesem Prozess der Tschetschenisierung durch die Hölle. Die in russischen und internationalen Quellen genannten Zahlen der zivilen Todesopfer beider Kriege gehen zwar auseinander, aber man kann davon ausgehen, dass die tschetschenische Bevölkerung erheblich dezimiert wurde. Es gibt kaum eine Familie, die nicht Opfer der Kriegshandlungen und der anschließenden Gewaltmaßnahmen russischer Truppen und lokaler Sicherheitsorgane sowie des bewaffneten Untergrunds zu beklagen hätte. Bei aller angeblichen Normalisierung, die sich in Tschetschenien unter Leitung des lokalen Machthabers Ramsan Kadyrow vollzieht, bleibt diese Erfahrung prägend. Sie markiert die schlimmsten Gewaltereignisse nachsowjetischer Geschichte.

Die Entrussifizierung, der Charakter des inneren Auslands und die ausufernde Gewalt betreffen vorwiegend den östlichen Abschnitt des Nordkaukasus, also Dagestan, Tschetschenien und Inguschetien. Seit langem sind dort die meisten Kämpfe zwischen Sicherheitsorganen und bewaffnetem Untergrund zu verzeichnen. In den letzten Jahren ist aber auch der mittlere und westliche Abschnitt der Region mit »ruhige-

ren« Teilrepubliken durch größere Terroraktionen in die Schlagzeilen geraten. Dies begann im Oktober 2004, als ein islamistisches Terrorkommando in einer Schule der Stadt Beslan zahlreiche Geiseln nahm, bei deren »Befreiung« 336 Menschen starben. Das Ereignis erschütterte die Republik Nordossetien, die bis dahin als relativ stabiler Vorposten Russlands im Kaukasus gegolten hatte und den höchsten Industrialisierungsgrad im Nordkaukasus aufweist. Im Oktober 2005 brachte dann die Großoffensive einer islamistischen Terrorgruppe namens Jarmuk auf Sicherheitsorgane in der Hauptstadt Naltschik die Republik Kabardino-Balkarien in die Schlagzeilen. Auch aus diesen Teilen des Nordkaukasus sind immer mehr russische Einwohner ausgewandert. Eine deutliche russische Bevölkerungsmehrheit gibt es nur in der westlichsten Teilrepublik Adygien.

Die russische Regierung tritt dieser Entwicklung nun entgegen. Einerseits versucht Präsident Medwedew verstärkt, sein Modernisierungsprojekt für Russland auf diese Region zu übertragen, die unter spezifischen Entwicklungsdefiziten leidet. Dabei rückt er ihre sozialökonomischen Probleme und ambitionierte Reformprojekte in den Vordergrund, welche die russische Bevölkerung zur Rückkehr bewegen sollen. Da werden Migrationsprogramme entwickelt, die einen sowjetischen Charakter von »social engineering« tragen. Im Blickfeld dieser Politik taucht nun auch wieder eine Volksgruppe auf, die schon in der Kolonialpolitik des Zarenreichs eine wichtige Rolle spielte: Präsident Medwedew und sein neuer Kaukasusbeauftragter Chloponin regten an, die Präsenz des Kosakentums in nordkaukasischen Teilrepubliken und damit die russischsprachige Bevölkerung in der Region zu stärken.<sup>11</sup> Allerdings muss bezweifelt werden, dass eine Ausweitung des Neu-Kosakentums zur Beruhigung der Situation im Kaukasus beitragen würde. Eher dürfte sie zur Wiederbelebung eines historischen Antagonismus und zu Konflikten um Grund und Boden führen.

Andererseits wird Russlands Strategie im Nordkaukasus nach wie vor auch von traditionellen Handlungsmitteln bestimmt, die Gewaltmaßnahmen einschließen und die *siloviki*, also Vertreter der Gewaltstrukturen wie des Inlandsgeheimdienstes FSB und des Innenministeriums, zu Hauptakteuren der Kaukasuspolitik machen.

<sup>9</sup> RIA Dagestan, 3.11.2009, <www.riadagestan.ru>.

<sup>10</sup> Diese Zahl aus einer Volkszählung von 2002 wird von vielen Experten bezweifelt. Sie reflektiert kaum die Bevölkerungsverluste aus zwei Kriegen, selbst dann nicht, wenn ein überdurchschnittlich hohes Bevölkerungswachstum in der Republik berücksichtigt wird. Vermutlich liegt die Bevölkerungszahl unter einer Million.

<sup>11</sup> Mairbek Vatchagaev, »Moscow Looks to Cossacks to Deal with North Caucasus Instability«, *Eurasia Daily Monitor*, 7 (23.4.2010) 79.

Ein weiterer Aspekt des inneren Auslands ist die Diskrepanz zwischen föderalen und regionalen Rechtsnormen. In keiner anderen Region Russlands wichen in der nachsowjetischen Entwicklung lokale Rechtsstandards, die teils von traditionellem Gewohnheitsrecht (adat), teils von Scharia-Normen geprägt sind, so weit vom Verfassungsstandard der Föderation ab wie im Nordkaukasus. Dort wird zum Beispiel die Legalisierung von Polygamie diskutiert und Scharia-Gerichte erlangten auf lokaler Ebene mehr Autorität als die korrupten säkularen Rechtsschutzorgane. In nachsowjetischer Zeit vertieften Retraditionalisierung und Reislamisierung besonders in den Gebirgszonen Dagestans und Tschetscheniens die zivilisatorischen Gräben gegenüber dem Rest Russlands. Die säkulare Intelligenzia mit Sozialisationswurzeln in sowjetischer Zeit wurde hier marginalisiert und wanderte zunehmend aus.<sup>12</sup>

### Ausstrahlung ins nahe und ferne Ausland

Entwicklungen in diesem inneren Ausland strahlen über Russland hinaus. Umgekehrt verweisen russische Quellen immer wieder auf destabilisierende Einflüsse von außen und liefern zur Instabilität des Nordkaukasus mitunter eine Interpretation, die hausgemachte Probleme ausblendet. Da sind dann angeblich böse externe Kräfte am Werk, neben globalen islamistischen Netzwerken auch westliche Akteure, die den Zerfall Russlands anstreben und dabei an der schwächsten Stelle seiner Peripherie ansetzen.

Von Entwicklungen im Nordkaukasus ist zuvörderst das nahe Ausland im Südkaukasus betroffen. Zwar verlaufen die Grenzen zwischen beiden kaukasischen Regionshälften und zwischen dem Staatsterritorium Russlands und den Nachbarstaaten Georgien und Aserbaidschan über weite Strecken entlang der Hochgebirgskämme des Großen Kaukasus, einer geografischen Scheidewand, durch die nur wenige Verbindungslinien hindurchführen. Zu ihnen gehört der Roki-Tunnel zwischen Nord- und Südossetien, der im russisch-georgischen Augustkrieg 2008 weltbekannt wurde. Aber das bedeutet noch nicht, dass eine strikte analytische Trennlinie zwischen den Konfliktland-

schaften in beiden kaukasischen Regionshälften gezogen werden kann.

Georgien ist das Land, das gegenüber dem Nordkaukasus am stärksten exponiert ist. Abtrünnige Landesteile wie Abchasien und Südossetien oder vorübergehend nicht kontrollierbare Gebiete wie das Pankisi-Tal im Grenzgebiet zu Tschetschenien bildeten kritische Nahtstellen zwischen Süd- und Nordkaukasus. Nach dem russisch-georgischen Fünftagekrieg vom August 2008 bezichtigten hochrangige russische Sicherheitspolitiker georgische Geheimdienste, sie wirkten mit islamistischen Netzwerken zusammen, um den Nordkaukasus zu destabilisieren. Auch wenn diese Version selbst von russischen Kaukasusexperten eher als haltlose Verschwörungstheorie gewertet wird, bleibt festzustellen, dass Georgien spürbarer auf Entwicklungen im Nordkaukasus reagiert als vor dem Einschnitt vom August 2008. Man widmet sich dort verstärkt den nordkaukasischen Völkern und besonders einem Thema, das für russische Kaukasuspolitik zunehmend heikel wird: einer weltweiten tscherkessischen Nationalbewegung und ihrer Forderung nach Anerkennung eines »Genozids« an der einstmalen größten Volksgruppe des Nordkaukasus durch russische Kolonialpolitik im 19. Jahrhundert.<sup>13</sup> Die Verbindung dieser »tscherkessischen Frage« mit dem Projekt der Winterolympiade in Sotschi 2014 ist für Russland ein Reizthema, auf das noch näher einzugehen sein wird.<sup>14</sup> Alexander Chloponin und andere russische Politiker sprachen von »ideologischer Penetration des Nordkaukasus« durch Georgien.<sup>15</sup> Moskau wurde besonders argwöhnisch, als die Regierung in Tiflis im

<sup>12</sup> Maciej Falkowski/Mariusz Marszewski, *The »Tribal Areas« of the Caucasus. The North Caucasus – an Enclave of »Alien Civilisation« within the Russian Federation*, Warschau: Ośrodek Studiów Wschodnich (OSW)/Centre for Eastern Studies, 14.4.2010 (OSW Studies Nr. 34), S. 67–69.

<sup>13</sup> Im März 2010 fand in der georgischen Hauptstadt die Konferenz »Hidden Nations, Enduring Crimes: The Circassians and the Peoples of the North Caucasus« statt, die von der Jamestown Foundation in Washington und der Ilia State University in Tiflis organisiert wurde. Abgeordnete der russischen Staatsduma werteten die Zusammenkunft als »Aggression gegen Russland«. Vgl. »Possible Recognition of 19th Century Circassian »Genocide« Discussed in Georgia«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 5.5.2010. Die Jamestown Foundation setzte mit einer Konferenz nach, die unter dem Titel »Sochi in 2014: Can an Olympics Take Place at the Site of the Expulsion of the Circassians 150 Years Earlier?« im Juni 2010 in Washington abgehalten wurde.

<sup>14</sup> Zum Thema Sotschi 2014 im Kontext russisch-georgischer Beziehungen vgl. Stanislav Secieru, »The 2014 Winter Olympic Games in Sochi: Implications for the Caucasus«, in: *Caucasus Analytical Digest*, (13.8.2010) 19, S. 4–8.

<sup>15</sup> Zitiert in: Valery Dzutsev, »Russia's Government-Sponsored Expert Community Reaches out to North Caucasus«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (19.4.2010) 75.

Oktober 2010 die Visapflicht für Bewohner der nordkaukasischen Teilrepubliken aufhob. Georgiens Verhältnis zu den Völkern des Nordkaukasus ist jedoch alles andere als eine historische Bündnisbeziehung, stehen doch einige Volksgruppen dieser Region den Abchasen und Osseten ethnisch nahe und haben deren Sezessionsbewegung im Kampf gegen georgische Truppen wiederholt unterstützt – zuletzt 2008. So kann Georgien wohl nur sehr begrenzt auf die »tscherkessische Karte« setzen und dürfte noch weit weniger für eine aktive Unterstützung islamistischer Kräfte im Kaukasus in Frage kommen.

Auch Aserbaidschan war insbesondere zu Beginn seiner staatlichen Unabhängigkeit ethno-politischen Entwicklungen im Nordkaukasus ausgesetzt, vor allem in der Teilrepublik Dagestan. Eine kritische Schnittstelle bildete hier das Siedlungsgebiet der Lesginen, das von der Staatsgrenze zwischen Dagestan und damit Russland und Aserbaidschan geteilt wird. Anfang der 1990er Jahre trat dort eine Nationalbewegung für eine unabhängige »Republik Lesgistan« ein. Das bescherte Aserbaidschan neben seinem Konflikt mit Berg-Karabach ein weiteres Sezessionsproblem, das allerdings nicht manifest wurde. Mehr als von ethnisch-separatistischen Dynamiken aus dem Nordkaukasus fühlt sich Aserbaidschan heute von islamistischen Kräften bedroht und gleichsam einem Zangengriff sogenannter Wahhabiten aus dem Nordkaukasus und iranischen Einflusses auf seine mehrheitlich schiitische Bevölkerung ausgesetzt.

Die Türkei ist ein Beispiel dafür, dass auch Staaten außerhalb des GUS-Raums Aufmerksamkeit für Entwicklungen in der hier behandelten Region zeigen. Das Land steht mit Russland in intensiven wirtschaftlichen, energiepolitischen und in den letzten Jahren verbesserten außenpolitischen Beziehungen. Der Kaukasus ist für Ankara nicht nur eine Nachbarregion, die besonders nach der Georgienkrise von 2008 verstärkt ins Blickfeld türkischer Außenpolitik geriet.<sup>16</sup> In der Türkei leben zahlreiche kaukasische Diasporagemeinden. Sie entstammen verschiedenen Volksgruppen, die bei der Eroberung des Kaukasus durch Russland im 19. Jahrhundert aus ihrer Heimat flohen oder vertrieben wurden und sich im Osmanischen Reich niederließen. Diese Diaspora, die auf mehrere Millionen Mitglieder geschätzt wird, ist in der Türkei in Ver-

einen organisiert.<sup>17</sup> Während der Tschetschenienkriege belastete dies Ankaras Russlandpolitik. Im ersten Krieg schränkte die türkische Regierung die Öffentlichkeitsarbeit kaukasischer Vereine nicht ein, die Solidarität mit Tschetschenien bekundeten. Dies geschah dann aber während des zweiten Kriegs, der stärker als der erste von Jihad-Parolen begleitet war, gegen die Ankara Position beziehen musste. In diese Periode fiel zudem die Verbesserung der politischen Beziehungen zur Russischen Föderation.

Als der Terrorismus im Nordkaukasus zunahm, schwand die Solidarität in der türkischen Bevölkerung gegenüber der tschetschenischen Unabhängigkeitsbewegung.<sup>18</sup> Dennoch ist der ins Innere Russlands ausstrahlende islamistische Terrorismus ein Problem, das nach den Anschlägen auf die Moskauer Metro vom 29. März 2010 Irritationen im russisch-türkischen Verhältnis aufwarf. Die türkische Regierung verurteilte diesen Terrorakt zwar eilig und drückte wie andere Staatsführungen Russland ihr Beileid aus. In türkischen Medien aber wurden die Hintergründe dieses Ereignisses mit der Gewalttätigkeit russischer Sicherheitsorgane im Nordkaukasus in Verbindung gebracht. Obwohl auch in russischen Kaukasusanalysen auf diesen Zusammenhang hingewiesen wird, provozierte diese Stellungnahme eine harsche Reaktion der russischen Botschaft in Ankara.<sup>19</sup>

## Gewaltherd am Rande Europas

Bei aller Vielfalt der Faktoren für die regionale Instabilität wird die Entwicklung im Nordkaukasus vor allem mit ausufernder Gewalt assoziiert. Dies ist seit dem ersten Tschetschenienkrieg (1996–1999) der Fall und hat tiefere historische Wurzeln. Der Nordkaukasus bildete sowohl im Zarenreich als auch in der Sowjetunion eine Zone heftigen antikolonialen Widerstands

<sup>17</sup> Die Diasporagruppen in der Türkei gründeten 2003 eine Schirmorganisation, die *Föderation kaukasischer Vereine* (Kafkas Federasyonu Derneği, KAFFED). Sie koordiniert die Aktivitäten von 59 Gruppen. Dazu zählen das *Kaukasisch-Abchasische Solidaritätskomitee*, das besonders nach dem russisch-georgischen Krieg 2008 aktiv wurde, und das *Tschetschenische Solidaritätskomitee*, das in den 1990er Jahren sogar freiwillige Kämpfer nach Tschetschenien geschickt haben soll.

<sup>18</sup> Gareth Winrow, *Turkey, Russia and the Caucasus. Common and Diverging Interests*, London: Chatham House, November 2009 (Chatham House Briefing Paper), S. 13f.

<sup>19</sup> Saban Kardaş, »Suicide Attacks in Moscow Spark Terrorism Debate in Turkey«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (14.4.2010) 72.

<sup>16</sup> Uwe Halbach, *Ungelöste Regionalkonflikte im Südkaukasus*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2010 (SWP-Studie 8/2010), S. 27–29.

und imperialer Gegengewalt. Dies gilt für die Zeit seiner Eroberung bis 1864, für die Ära des stalinistischen Terrors mit den Deportationen ganzer Volksgruppen nach Sibirien und Zentralasien und für die beiden Kriege in Tschetschenien nach Auflösung der Sowjetunion. Auch nach der Kriegsphase verging kaum eine Woche ohne Meldungen über Gewaltzwischenfälle in Tschetschenien und anderen Teilen der Region. Ein Vertreter Dagestans im Moskauer Machtzentrum, Ramasan Abdulatipow, stellte die rhetorische Frage, warum Russland im Unterschied zu anderen »Ereignissen vaterländischer Geschichte« dem Ende seines Kaukasuskriegs 1864 keinen Gedenktag widme. Seine Antwort: Weil der Krieg weitergehe.<sup>20</sup>

Aktionen bewaffneter Untergrundkräfte lassen dabei kaum noch klare Zwecke und Ziele erkennen. Eine Mixtur aus Scharmützeln zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern, Clanstreitigkeiten innerhalb lokaler Machteliten, extralegalen Gewaltausübung offizieller Sicherheitsorgane und mafiösen Konkurrenzkämpfen prägt die prekäre Sicherheitslage. Das Center for Strategic and International Studies (CSIS), das seit 2004 regelmäßig einen Überblick über Gewaltereignisse im Nordkaukasus erstellt (mit Ausnahme der westlichsten Teilrepubliken Adygien und Karatschajewo-Tscherkessien), listet für das Jahr 2009 1100 »incidents of violence« gegenüber 795 im Vorjahr auf. In diese Kategorie fallen Entführungen, Bombenattentate, Angriffe von Rebellen sowie Polizei- und Militäroperationen gegen Terrorverdächtige.<sup>21</sup> Nach Angaben der Moskauer Generalstaatsanwaltschaft wurden allein im Jahr 2009 bei solchen Spezialoperationen im Nordkaukasus 316 Untergrundkämpfer getötet, 2,5 Tonnen Sprengstoff und mehr als 500 automatische Waffen sichergestellt sowie 260 illegale Basen und Waffenlager zerstört.<sup>22</sup>

Die Zahl der Selbstmordanschläge hat sich 2009 gegenüber dem Vorjahr fast vervierfacht. Viele davon ereigneten sich in Tschetschenien, selbst als der Sonderstatus der Antiterroroperation dort aufgehoben worden war.<sup>23</sup> Am 16. April 2010 feierte die tsche-

tschenische Regierung den ersten Jahrestag dieses Einschnitts. Doch die Zahl der Todesopfer durch Gewaltereignisse in Dagestan, Tschetschenien und Inguschetien im Jahr nach Aufhebung des Sonderstatus lag weit über der Opferzahl in der gleichen Zeitspanne davor.<sup>24</sup> Dieser Sonderstatus »Zone der Terrorbekämpfung« gilt zwar nicht mehr für die Republikenebene in Tschetschenien, wird aber auf lokaler Ebene immer wieder verhängt, vor allem in einzelnen Distrikten Dagestans und Inguschetiens.

Ziele von Anschlägen sind vor allem Angehörige und Objekte der lokalen Sicherheitsstrukturen.<sup>25</sup> Gefährdet sind auch Vertreter der offiziellen Geistlichkeit, das heißt der lokalen Muftiate, die als staatstreu gelten und für radikale Islamisten in die Kategorie »munafiq« (Heuchler) fallen. Häufig attackiert werden Eisenbahnlinien, Züge und sonstige Infrastruktur. Als die russische Regierung für den Nordkaukasus einen neuen Strategieplan bis 2025 vorlegte, dessen Schwerpunkte auf Energie, Verkehrsinfrastruktur und Tourismus liegen, antworteten Aufständische am 21. Juli 2010 mit einem Terroranschlag auf ein Wasserkraftwerk in Kabardino-Balkarien, das der Energieversorgung nahegelegener Urlaubsorte dient.

Besonders Selbstmordanschläge auf »weiche Ziele« haben seit 2009 zugenommen. Dies ist ein Zeichen für Radikalisierung: Die Zivilbevölkerung der Region wird nicht mehr als neutral angesehen. Eine *Inguschische Jama'a* (jama'a = Gruppe, Gemeinschaft) brachte dies am 15. April 2010 auf der Website hunafa.com mit einem Appell an die Zivilbevölkerung zum Ausdruck: Wenn diese nicht dafür Sorge, dass die Regierung »ihre Truppen vom Territorium des Kaukasischen Emirats zurückzieht, betrachten wir euch nicht mehr als Zivilbevölkerung«. Der großspurige Hinweis auf das »Territorium des Kaukasischen Emirats«, das noch zu behandeln sein wird, kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Terrorismus im Nordkaukasus für breitflächige Militäraktionen und die Beherrschung größerer Territorien nicht ausgerüstet ist. Seine Ressourcen lassen militärische Großoffensiven

<sup>20</sup> Zitiert in: Valery Dzutsev, »Russia's Government-Sponsored Expert Community Reaches out to North Caucasus«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (19.4.2010) 75.

<sup>21</sup> Center for Strategic and International Studies (CSIS), *Violence in the North Caucasus. 2009: A Bloody Year*, Washington, D.C., 2010, S. 4, <[http://csis.org/files/publication/100114\\_Violence\\_NorthCaucasus\\_2009optimize.pdf](http://csis.org/files/publication/100114_Violence_NorthCaucasus_2009optimize.pdf)>.

<sup>22</sup> ITAR-TASS, 25.2.2010.

<sup>23</sup> CSIS, *Violence in the North Caucasus. 2009: A Bloody Year* [wie Fn. 21], S. 4.

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> Das spektakulärste Ereignis in diesem Zusammenhang war die Ermordung des dagestanischen Innenministers, der im Juni 2009 einer Autobombe zum Opfer fiel. Kurz darauf folgte ein Mordanschlag auf den gerade erst eingesetzten Präsidenten Inguschetiens, Junus-bek Jewkurov, der dabei schwer verletzt wurde. Der Präsident Kabardino-Balkariens, Arsen Kanokow, entging Anfang Mai 2010 einem Bombenattentat, das bei einem Pferderennen in der Republikhauptstadt Naltschik auf ihn verübt wurde.

gegen Republikzentren wie im Oktober 2005 gegen Naltschik kaum noch zu. Für Anschläge auf Sicherheitsorgane in der Region und für Selbstmordattentate auf »weiche Ziele« im Inneren Russlands reichen die Mittel aber allemal aus.

In offiziellen russischen Quellen divergieren Angaben über die Gewaltzunahme. Auch die militärische Stärke des bewaffneten Untergrunds wird unterschiedlich eingeschätzt. 2010 hält allein das Innenministerium Russlands noch 24 000 Soldaten im Nordkaukasus. In vielen Sonderoperationen mit kombinierten Kräften des FSB, der Innen- und Verteidigungsministerien und lokaler Sicherheitsstrukturen wurden 2009 und 2010 zahlreiche militärische und ideologische Führer der kaukasischen Guerilla getötet. Am 10. Juni 2010 verhafteten die Sicherheitsorgane Ali Tasijew alias Emir Magas bei einer Sonderoperation in Inguschetien: Zum ersten Mal war ein hochrangiger militärischer Führer des »Kaukasischen Emirats« gefangen genommen, aber nicht auf der Stelle getötet worden, wie es die russische »counterinsurgency« mit ihren Gegnern bis dahin gehalten hatte. Trotz dieses Erfolges zog der Kommandant der Truppen des Innenministeriums eine eher ernüchternde Bilanz: »Leider sinkt die Gesamtzahl der illegalen bewaffneten Kämpfer nicht. Sie sind zahlenmäßig kaum zu erfassen und wandern von einer (nordkaukasischen) Republik zur anderen. Aber ich kann Ihnen eines versichern: Ihre Zahl nimmt nicht ab.«<sup>26</sup> Die Stärke des bewaffneten Untergrunds, ob sie nun einige Hundert oder einige Tausend aktive Kämpfer ausmacht, reicht nicht aus, die Machtstrukturen in der Region zu verändern, aber sehr wohl dazu, für lange Zeit Unfrieden zu stiften. Die Ausschaltung militärischer oder ideologischer Führer hat die Schlagkraft der kaukasischen Guerilla bisher kaum vermindert.

Zu einem besonderen Krisenherd entwickelte sich 2009 Inguschetien, flächenmäßig die kleinste nordkaukasische Teilrepublik, in der sich ständig Angriffe auf Sicherheitsorgane, Selbstmordattentate, Entführungen und Straßenkämpfe ereigneten. Der Ältestenrat und die religiösen Institutionen der Republik baten Präsident Medwedew, seine Aufmerksamkeit auf die angespannte Situation und die in den letzten Jahren fortgeschrittene »Vernichtung der inguschischen Bevölkerung« zu richten.<sup>27</sup>

Die Grenzen zwischen terroristischer und wirtschaftlich-krimineller Gewalt sind fließend. In Kabardino-Balkarien startete im Mai 2010 eine Operation der Sicherheitskräfte gegen diese Grauzone. Einer der Leiter dieser Operation wies darauf hin, die Zunahme von Attacken gegen Sicherheitsorgane im Nordkaukasus sei »das Werk unterschiedlicher Kräfte«, und widersprach damit einseitigen Schuldzuweisungen an die Adresse islamistischer Terroristen.<sup>28</sup> Laut der russischen Generalstaatsanwaltschaft haben mit Waffengewalt begangene Delikte im Jahr 2009 in Inguschetien um 92%, in Dagestan um 65% und in Karatschajewo-Tscherkessien um 43% zugenommen. Föderale Rechtsschutzorgane kritisieren die Ermittlungsverfahren im Nordkaukasus, von denen ein großer Teil, in Tschetschenien gut zwei Drittel, im Sande verläuft. Besonders schwere Gewalttaten werden dabei oft getöteten Untergrundkämpfern zugeschrieben.<sup>29</sup> In Dagestan kursieren hartnäckig Gerüchte, dass der bewaffnete Untergrund an Konkurrenzkämpfen der Clans innerhalb der Machtelite beteiligt ist und dass »heilige Krieger« bei Schutzgelderpressungen mitwirken und Geschäftsleute tyrannisieren.<sup>30</sup>

Ende 2009 wurde die Zunahme der Gewalt im Nordkaukasus als das negative Hauptereignis des Jahres für Russland gewertet, so in den Aussagen Präsident Medwedews vor der Föderalversammlung. Das Jahr 2010 bestätigte diese Feststellung. Es begann mit einem Selbstmordanschlag im Süden Dagestans am 6. Januar, dem orthodoxen Weihnachtstag, der sechs Polizisten das Leben kostete.<sup>31</sup> Im ersten Quartal verzeichnete der Inlandsgeheimdienst FSB 47 Terroranschläge allein in Dagestan.<sup>32</sup> In diesem Zeitraum registrierte das CSIS auf seinem Beobachtungsfeld im Nordkaukasus 219 Todesopfer durch »incidents of violence« (gegenüber 183 im ersten Quartal 2009 und 132 im ersten Quartal 2008).<sup>33</sup> Im Sommer und Herbst setzte sich die Serie von Terrorakten fort, so dass 2010

<sup>28</sup> »Special Operation Launched in Russia's Kabardino-Balkaria«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 28.5.2010.

<sup>29</sup> Dzutsev, »Russian Government and Public View North Caucasians with Suspicion« [wie Fn. 6].

<sup>30</sup> Michael Ludwig, »Sandsäcke in den Städten, Kämpfer im Wald«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.6.2010, S. 6.

<sup>31</sup> Charles Clover, »Suicide Bomber Kills Five in Russia's Dagestan«, in: *Financial Times*, 6.1.2010, <<http://www.ft.com/cms/s/0/d465f1de-faa1-11de-a532-00144feab49a.html>>.

<sup>32</sup> Lyubov Pronina/Anastasia Ustinova, »Medvedev Seeks 'Brutal' Response to Terror Attacks«, *Bloomberg*, 1.3.2010.

<sup>33</sup> CSIS, *Violence in the North Caucasus. Spring 2010: On the Rise, Again?*, Washington, D.C., 2010, S. 11.

<sup>26</sup> »Militants Not Getting Fewer in North Caucasus – Russian Internal Troops Head«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 10.6.2010.

<sup>27</sup> <[www.ingushetiya.ru.org](http://www.ingushetiya.ru.org)>, 19.12.2009.

ein Rekordjahr in Hinsicht auf Gewaltereignisse in der Region zu werden droht.

Die verheerendsten Terroranschläge des Jahres 2010 wurden allerdings außerhalb der Region verübt: die Sprengstoffattentate auf die Moskauer Metro am 29. März, die 40 Todesopfer forderten. Dies signalisierte der russischen Bevölkerung überdeutlich, dass der Terrorismus ins Innere Russlands zurückgekehrt ist. Nach dem Selbstmordanschlag einer Tschetschenin auf die Moskauer Metro vom 31. August 2004, bei dem elf Menschen getötet wurden, waren vom Nordkaukasus ausgehende größere Terroranschläge im Inneren Russlands zunächst nicht mehr vorgekommen. Das änderte sich mit dem Anschlag auf den Newskij Express am 27. November 2009. Für diese Attacke mit 26 Toten übernahm der Führer des »Kaukasischen Emirats« Doku Umarow die Verantwortung. Im Februar 2010 kündigte er eine Welle von Anschlägen gegen Ziele im Inneren Russlands an.<sup>34</sup> Der tschetschenische Präsident Kadyrow hatte zuvor dem »Emirat« den Krieg erklärt und Umarows Eliminierung angekündigt, worauf eine Serie von Sonderoperationen folgte.

Der Terrorakt in Moskau brachte auch das Phänomen der sogenannten Schwarzen Witwen in Erinnerung, das im zweiten Tschetschenienkrieg die Terroranalyse in Russland beschäftigt hatte. Die Anschläge auf die Metrostationen waren von zwei jungen Frauen aus Dagestan begangen worden. Prompt tauchten in russischen Medien wieder Hinweise auf Hunderte Selbstmordattentäterinnen auf, die für Terrorakte gegen Russland rekrutiert würden. Die Presse publizierte 22 Namen angeblich terrorverdächtiger Frauen.<sup>35</sup> Wie vor einigen Jahren wurde über deren Motivation und Hintergründe spekuliert. Stand hier persönliche Rache für männliche Verwandte im Vordergrund, die Sonderoperationen der Sicherheitskräfte zum Opfer gefallen waren, oder waren junge Frauen in Marsch gesetzt worden, nachdem ausländische Terrorspezialisten sie einer islamistischen Gehirnwäsche unterzogen hatten? Das CSIS relativiert allerdings das Bild von der Rückkehr der Schwarzen Witwen: Von 27 zwischen Januar 2008 und April 2010

registrierten Selbstmordanschlägen mit Sprengstoff wurden nur fünf von Frauen ausgeführt.<sup>36</sup>

In jedem Fall haben die Bombenanschläge auf die Moskauer Metro das Thema Terrorismus und seine Bekämpfung in Russland wieder ins Bewusstsein gerufen. Der Inlandsgeheimdienst FSB befürchtet, im Zusammenhang mit der Winterolympiade in Sotschi 2014 könnten terroristische Aktionen zunehmen.<sup>37</sup> Das russische Prestigeprojekt könnte islamistische Terroristen magisch anziehen.<sup>38</sup> Menschenrechtsaktivisten und Medienvertreter wiesen auf die Gefahr hin, dass diese sicherheitspolitische Herausforderung auf Kosten einer in Russland ohnehin eingeschränkten Meinungsfreiheit gehen könnte. Immer größere Teile der Bevölkerung argwöhnen, die Bekämpfung von Extremismus könne als Vorwand dienen, um mehr autoritäre Maßnahmen zu verhängen.<sup>39</sup>

Stimmen aus der russischen Regierung warnten davor, »Terrorismus« und »Banditentum« mit religiös-kulturellen oder ethnischen Etiketten zu belegen. Terrorismus geht in Russland allerdings nicht nur auf Jihad-Akteure aus dem Kaukasus zurück. 2010 gab es mehrere Vorfälle im Fernen Osten, im Nordwesten und in zentralen Regionen Russlands, bei denen Milizionäre unter Beschuss gerieten. Nicht nur im Nordkaukasus haben Rechtsschutzorgane mit brutaler Willkür die Selbstjustiz verzweifelter Bürger heraufbeschworen und sehen sich zunehmend mit militärischer Gewalt organisierter Banden konfrontiert. Auch rechtsextremistische und ultranationalistische russische Gruppen wenden sich verstärkt gegen Vertreter der Staatsorgane. Die rechtsextreme, bislang vor allem gegen Minderheiten gerichtete Gewalt ist laut Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation SOVA für 2009 zum antistaatlichen Terrorismus mutiert.<sup>40</sup>

<sup>34</sup> »Chechen Rebel Leader Threatens to Attack Russian Cities«, BBC, 14.2.2010; Gordon M. Hahn, »The Caucasus Emirate Returns to the »Far Enemy«? The »Nevskij Express« Bombing«, in: *Islam, Islamism, and Politics in Eurasia Report*, (10.12.2009) 4.

<sup>35</sup> Zu dieser fragwürdigen Darstellung vgl. Tanya Lokshina, »The Black Widows of Dagestan: Media Hype and Genuine Harm«, *openDemocracy*, 17.6.2010, <<http://www.opendemocracy.net/od-russia/tanya-lokshina/black-widows-of-dagestan-media-hype-and-genuine-harm>>.

<sup>36</sup> CSIS, *Violence in the North Caucasus. Spring 2010* [wie Fn. 33], S. 21.

<sup>37</sup> »Russlands Geheimdienst warnt. »Terroristen wollen Olympische Spiele 2014 sprengen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.6.2010, S. 6.

<sup>38</sup> Vgl. Gordon M. Hahn, »The Sochi Olympic Games and the Caucasus Emirate«, in: *Islam, Islamism, and Politics in Eurasia Report*, (7.7.2010) 16.

<sup>39</sup> »Nearly 40% of Russians Worry Authorities May Suppress Criticism Under Guise of Combating Extremism – Poll«, *Johns-on's Russia List*, (29.7.2010) 142.

<sup>40</sup> Andrej Kozenko/Alisa Ivanščika, »Pravozaščitniki opasajutsja beloju vlasti« [Menschenrechtler fürchten die weiße Macht], in: *Kommersant*, 28.1.2010.

# Faktoren von Instabilität

Häufig werden schablonenhaft einzelne Krisenfaktoren benutzt, um regionale Instabilität und Gewaltdiffusion im Nordkaukasus zu erklären. Dazu zählen (pseudo-)religiöse Gewalt, interethnische Spannungen, Clanrivalitäten, Korruption und Eigensucht lokaler Machteliten und, nicht zu vergessen, Armut. Eine tiefergehende Analyse zeigt jedoch, dass sich monokausale Deutungen verbieten. Menschenrechtsorganisationen rücken zu Recht die extralegale Gewaltausübung von Staatsorganen in den Vordergrund. Das lässt die Aktionen nichtstaatlicher Gewaltakteure mitunter aber in einem positiven Licht erscheinen und macht aus ideologisch hartgesottenen und gewaltbereiten Islamisten »Waldbrüder« im Stil eines Robin Hood, die sich gegen brutale Staatsgewalt zur Wehr setzen. Seit Ende 2009 spricht die politische Führung Russlands häufig davon, dass es vor allem die sozialökonomischen Probleme seien, mit denen der Nordkaukasus die Föderation herausfordere. Auch dies wäre eine eindimensionale Erklärung, die andere Faktoren – historische, kulturelle, ethnische, religiöse – ausblendet.

Freilich ersetzen die ökonomischen Maßnahmen, die nun gegenüber dem Nordkaukasus eingeleitet werden sollen, nicht den Zugriff der *siloviki* auf ihn. Zwar sollen wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung angeschoben, mehr Investitionen in die Region geholt und vor allem der Tourismus ausgebaut werden. Damit verbunden aber sollen auch Kriminalität und Terrorismus energischer bekämpft werden, was rigide Kontrollmaßnahmen einschließt.

## Sozialökonomische Probleme und Korruption

Der Nordkaukasus bildet die Krisenzone der Russischen Föderation, was Arbeitslosigkeit, Subventionierung durch den föderalen Haushalt, Einkommenspolarisierung, Wirtschaftskriminalität und Korruption angeht. Der neue Sonderbeauftragte für den Nordkaukasus stellte im Mai 2010 fest, die Region befinde sich in einer Phase der Einkommensumverteilung und wirtschaftlicher Machtkämpfe. Eine solche Phase habe ganz Russland bereits in den 1990er durchgemacht. Im Nordkaukasus hat dieser Prozess

die Gestalt von Clankämpfen, Bandenkriegen und ethnischen Konflikten angenommen.<sup>41</sup>

Als eine Hauptursache für die prekäre Sicherheitslage wird in ausländischen wie zunehmend auch in russischen Analysen systemische Korruption genannt, die besonders in den Rechtsschutz- und Sicherheitsorganen der kaukasischen Teilrepubliken nistet. Sie sei das größte Hindernis für eine effektive Aufstands- und Terrorismusbekämpfung. Gemeinsam mit der Korruption seien es staatliche Willkür und eine »Kultur der Straflosigkeit« gegenüber extralegalen Übergriffen der Sicherheitsorgane, welche die Gewaltspirale im Nordkaukasus antreiben. All dies mache aus der Terrorismusbekämpfung den Nährboden für die Radikalisierung breiterer Bevölkerungsteile und ihre Hinwendung zur Gewalt. Zudem wurden lokale Sicherheitsorgane verdächtigt, in die Vorbereitung von Terrorakten involviert zu sein.<sup>42</sup>

Im März 2010 machte der Präsident Inguschetiens besonders die Rechtsschutzorgane in seiner Republik für den anwachsenden Terrorismus verantwortlich. »Vom ersten Tag meiner Präsidentschaft an merkte ich, dass sich in der Richterschaft der Republik eine eigene Kaste gebildet hat, die tut, was sie will. Jeder kann hier ein Urteil für einen bestimmten Preis kaufen.« Der so gescholtene Richterstand konterte mit der Warnung, die Exekutive versuche die Kontrolle über die Justiz zu erlangen.<sup>43</sup>

2008 registrierte Transparency International den höchsten Stand an Korruption im Staatssektor Russlands seit acht Jahren. 29% der Bürger sahen sich gezwungen, für ihnen zustehende Leistungen des Öffentlichen Dienstes Schmiergeld zu zahlen. Laut dem

<sup>41</sup> »Property Redistributed in Russia's North Caucasus under Guise of Terrorism«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 27.5.2010.

<sup>42</sup> Milizionäre in Karatschajewo-Tscherkessien sollen 2002 Terroristen falsche Personaldokumente ausgestellt haben, mit denen jene unbehelligt nach Moskau gelangten und dort im Musicaltheater »Nordost« fast tausend Geiseln nahmen. Gerichtliche Untersuchungen dazu wurden eingestellt. Vgl. Michael Ludwig, »Terror mit Hilfe korrupter Milizionäre«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.7.2010, S. 5.

<sup>43</sup> Valery Dzutsev, »Conflict Intensifies between Ingushetia's President and Republican Judiciary«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (29.3.2010) 60.



Meinungsforschungszentrum WZIOM nannten 45% der Befragten Korruption als Hauptproblem Russlands. Meinungsumfragen von Dezember 2008 bis Mai 2009 in sechs Hauptstädten des Nordkaukasus zeigten, dass die Frustration über diesen Missstand hier noch weit über diesem Durchschnitt lag. Dabei werden die lokalen Rechtsschutzorgane, das öffentliche Bildungswesen und das Gesundheitswesen als die am meisten von Korruption zerfressenen Strukturen identifiziert.<sup>44</sup>

Nach dem Willen Präsident Medwedews und seines neuen Sonderbeauftragten für den Nordkaukasischen Föderalbezirk sollen bestimmte Wirtschaftssektoren vorrangig reformiert werden: Dazu zählen vor allem der Tourismus und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, außerdem Landwirtschaft, Stromerzeugung und der Bildungssektor. Hier sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, insbesondere für junge Menschen. Als leuchtendes Beispiel für regionales Wirtschaftsengagement wurde dabei der Oligarch Roman Abramowitsch hingestellt, der als Gouverneur der Tschukotschen-Region im äußersten Nordosten der Russischen Föderation von 2000 bis 2008 1,3 Milliarden US-Dollar aus eigener Tasche in sein Gouvernement investiert und damit Wirtschaftsleistung und Lebensstandard in diesem Teil Sibiriens erhöht hatte. Präsident Medwedew forderte in der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala russische Unternehmer auf, diesem Beispiel zu folgen und im Nordkaukasus zu investieren.<sup>45</sup> Kurz darauf allerdings machte eine neue Serie von Terroranschlägen in Moskau und in Dagestan deutlich, dass Erfahrungen aus der Verwaltung und der Investitionstätigkeit in Sibirien kaum auf den Nordkaukasus übertragen werden können. Damit war auch klar, dass die Entwicklung von Tourismus in dieser Region noch lange hinter der Schaffung elementarer Sicherheit zurückstehen wird.

### **Jihad, Jama'at, Emirat: Islamistische Mobilisierung**

Unter den muslimischen Regionen Russlands, wenn nicht gar des gesamten postsowjetischen Raums war der Nordkaukasus in nachsowjetischer Zeit am stärksten

islamistischen Einflüssen ausgesetzt. Das machte aus ihm das von außen angreifbare innere Ausland Russlands, aber eben auch eine Region, deren Verwicklung in Jihad-Netzwerke europäischer Sicherheitspolitik nicht gleichgültig sein kann. Zwei Gebiete im postsowjetischen Raum sind besonders von islamistischer Mobilisierung auf der Grundlage instabiler regionaler Strukturen betroffen: der Nordkaukasus und die Afghanistan vorgelagerten Teile Zentralasiens. Legt man die Zahl registrierter Terrorakte mit islamistischem Hintergrund zugrunde, birgt der zum Großraum Europa gehörende Nordkaukasus sogar mehr Zündstoff als die zentralasiatische Nachbarschaft Afghanistans.

Seit dem Ende des ersten Tschetschenienkriegs im Jahre 1996 wurde bewaffneter Widerstand im Nordkaukasus ideologisch immer weniger mit nationalem Unabhängigkeitsstreben, sondern vielmehr mit dem Jihad begründet. Dabei greift diese Entwicklung über die muslimischen Kerngebiete hinaus, so in die Republik Nordossetien, die mehrheitlich von orthodoxen Christen und nur zu einem Drittel von Muslimen bevölkert ist, und in südrussische Regionen wie Astrachan. Was der »muslimische Bereich« alles umfasst, wird von Islamisten sehr weit ausgelegt. Doku Umarow, der »Emir des Kaukasus«, rief im März 2010 dazu auf, die »muslimischen Länder« zu befreien, und meinte damit ausdrücklich die Regionen Krasnodar, Astrachan und das Wolgabecken mit ihrer überwiegend russisch-orthodoxen Bevölkerung.<sup>46</sup> Was das Ausmaß islamistischer Gewalt betrifft, sind Angaben der offiziellen Sicherheitsorgane mit Vorsicht zu genießen. Das gilt für Zentralasien genauso wie für Russlands kaukasische Teilrepubliken. Der Abwehr eines »islamistischen Terrorismus« fielen hier wie dort Kräfte zum Opfer, die sich gegen bestehende Machtstrukturen auflehnten. Zudem blieb beim Kampf gegen sogenannte Wahhabiten, der in nordkaukasischen Teilrepubliken wie Dagestan 1999 ausgerufen wurde, die Unterscheidung zwischen religiös observanten und militanten Kräften auf der Strecke. Dieses undifferenzierte Vorgehen staatlicher Gewaltorgane führte dann erst recht zur Radikalisierung einer nachsowjetischen islamischen »Wiedergeburt«.

Was die organisatorische Gestalt einer kaukasischen Guerilla betrifft, handelt es sich offenbar um ein schillerndes Gebilde. So werden einmal dessen lockere Netzwerkstruktur und die Autonomie lokaler

<sup>44</sup> *Severnyj Kavkaz v zerkale obščestvennogo mnenija. Korruptcija na Severnom Kavkaze* [Der Nordkaukasus im Spiegel der öffentlichen Meinung. Korruption im Nordkaukasus], Izdatel'stvo »Medium-Orient«, Prag 2009, S. 10.

<sup>45</sup> »Medvedev Says Business Investment Should Normalize Situation in Caucasus«, *RIA Novosti*, 1.4.2010.

<sup>46</sup> »Russia: Chechen Rebel Leader Vows to »Liberate« Krasnodar, Volga Basin«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 6.3.2010.

Zellen oder Gemeinden (Jama'at) betont, ein anderes Mal deren Abhängigkeit von einer zentralen Struktur, dem »Kaukasischen Emirat«, und darüber hinaus die Vernetzung mit global agierenden Jihad-Gruppen. »Wir haben es mit einem eng geknüpften, sehr konspirativen Netz zu tun«, so Inguschetiens Präsident Jewkurow. Er ist überzeugt, dass nordkaukasische Terrorzellen mit al-Qaida, Taliban und der *Islamischen Bewegung Usbekistans* zusammenarbeiten: »Dokumente, die wir bei Festnahmen oder Liquidierungen finden, belegen solche Verbindungen.«<sup>47</sup> Andere Beobachter heben dagegen den lokalspezifischen Charakter des in militanten Jihad übergehenden Widerstands im Nordkaukasus hervor. An diesem Widerstand ist auffällig, dass er sich in mehrerlei Hinsicht wandelt. Nicht nur wird die säkular-nationalistische Kampffideologie mehr und mehr von einer islamistischen verdrängt. Zu beobachten sind ferner ein Generationswechsel und eine Dezentralisierung, aber auch ein Mangel an konkreter politischer Zielsetzung.

Während der militante Separatismus der »tschetschenischen Revolution« in den 1990er Jahren sich auf tschetschenisches Territorium beschränkte, verbreitet sich mittlerweile eine islamistische Kampffideologie über den gesamten Nordkaukasus. Ziel ihrer rückwärtsgewandten Utopie ist ein »Kaukasisches Emirat« auf Grundlage der Scharia, doch politische Ziele und konkrete Forderungen an die Gegner werden kaum formuliert. Als der letzte tschetschenische Untergrundpräsident Doku Umarow im Oktober 2007 dieses »Emirat« ausrief, war der Übergang vom nationalistisch-separatistischen tschetschenischen Widerstand zu einem diffusen regionalen Jihad besiegelt. Damit hörte das Projekt einer säkularen, von Russland abgetrennten »Tschetschenischen Republik Itscherien« auf zu existieren. Residuen dieses gescheiterten Projekts überleben noch in Gestalt einiger tschetschenischer Exilpolitiker. Das »Emirat« integriert die kaukasische Guerilla scheinbar in eine Hierarchie. Ideologischer Bezugspunkt für seine transnationale Dimension ist aber nicht so sehr das zu erneuernde Kalifat, das islamistische Bewegungen wie Hizb ut-Tahrir in Zentralasien errichten wollen. Vielmehr lehnt das »Emirat« sich an historische Vorbilder wie den nordkaukasischen islamischen Widerstandsstaat des Imam Schamil im 19. Jahrhundert an. In seinem

Bestreben, ethnische Trennlinien im muslimischen Teil des Kaukasus zu überwinden, greift das »Emirat« allerdings über den Kaukasus hinaus ins Innere Russlands.

Vorläufer für diese Erweiterung des tschetschenischen zum regionalen Widerstand war eine *Kaukasus-front*, die von Schamil Bassajew im zweiten Tschetschenienkrieg ins Leben gerufen und aus regionalen Abteilungen gebildet wurde. Lokale Jama'at wurden in die Front integriert, so etwa die Gruppierungen *Scharia* als Teil einer dagestanischen Front oder *Jarmuk* als Hauptakteur des Jihad in der Republik Kabardino-Balkarien. Kurz nach dem Tod Bassajews 2006 teilte Umarow die Gründung weiterer Fronten mit, der Ural- und der Wolga-Front, die nun ins Innere Russlands zielten. Der nächste Schritt war die Ausrufung des »Emirats« 2007.

Es ist kaum auszumachen, über wie viele bewaffnete Kräfte dieser »virtuelle Gottesstaat« verfügt. Die Angaben reichen von einigen Hundert bis allenfalls einigen Tausend in der Gesamtregion. Die »Armee des Emirats« ist in allen nordkaukasischen Republiken mit kleineren Kampfeinheiten präsent. Ihr Koordinationsorgan bildet ein Militärrat (Schura), der sich aus den führenden Feldkommandeuren und Beratern des »Emirs« Umarow zusammensetzt. Auch ein eigener Geheimdienst (muhabarat) gehört zu den militärischen Organen des »Emirats«. Sein juristisches Hauptorgan ist ein Scharia-Gerichtshof. Im Sommer 2010 bestand das »Emirat« aus einer Reihe von sogenannten nationalen Jama'at: al-Garib (Adygien), Nogai-Steppe (Region Stawropol plus nördliche Teile Tschetscheniens und Dagestans), Karatschai, Jarmuk (Kabardino-Balkarien), Scharia-Inguschetien, Scharia-Dagestan und Tschetschenien. In der Führung deuteten sich allerdings zu diesem Zeitpunkt Machtkämpfe an. Es kursierten verwirrende Informationen über einen Rücktritt Umarows, über die Absetzung Mowladi Udugows, des wohl dienstältesten Ideologen der »tschetschenischen Revolution«, und über eine Spaltung zwischen tschetschenischen und anderen kaukasischen Führungskadern des »Emirats«. Einige Experten sagten bereits dessen Untergang voraus.<sup>48</sup> Offensichtlich spielen sich hier ideologische Richtungskämpfe zwischen Islamisten und Nationalisten ab.<sup>49</sup>

47 »Wenn einer von zehn Terroristen bekehrt wird, wäre das ein Fortschritt.« Interview mit Junus-bek Jewkurow, in: *Spiegel Online*, 18.4.2010, <[www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,689429,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,689429,00.html)>.

48 Mairbek Vatchagaev, »Palace Coup« Reveals Split between Umarov and Rebel Commander Aslanbek Vadalov, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (6.8.2010) 152; »Russian Paper Sees Split between Chechen, Other North Caucasus Militants«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 17.8.2010.

49 Valery Dzutsev, »Ingushetia's Islamists Adopt Nationalist

Unklar ist weiterhin, welches Territorium das »Emirat« kontrolliert und wo sich seine Führung gerade befindet. Präsenz zeigt es vor allem im Internet, wo es rege Propaganda betreibt.<sup>50</sup> Hier liegt das ideologische Schlachtfeld, auf dem das »Emirat« nicht ohne Erfolg auftritt. In Videoclips werden Aktionen der Militanten und die Predigten von »Märtyrern« präsentiert. Obgleich sich in der lokalen Bevölkerung das Wohlwollen für radikale Islamisten, insbesondere vom Ausland inspirierte, in engen Grenzen hält, kommen diese islamistischen Internetauftritte mit ihrem heroischen Appell in der kaukasischen Jugend an. In verschiedenen Internetforen bekunden junge Leute, die selbst nicht im Untergrundkampf engagiert sind, Sympathie mit den »Mujahedin«.<sup>51</sup>

Statt vertikal in der Hierarchie eines »Emirats« agiert die kaukasische Guerilla horizontal in lokalen Jama'at, die untereinander nur locker verbunden sind und mehr oder weniger autonom auftreten.<sup>52</sup> Jede einzelne Gruppe umfasst allenfalls einige Dutzend aktive Kämpfer. So soll der militärische Kern der in Kabardino-Balkarien aktiven Gruppe Jarmuk laut dem Innenministerium dieser Republik etwa 50 Personen umfassen.<sup>53</sup> Diese dezentrale Erscheinung macht die

kaukasische Guerilla für die Sicherheitsapparate der Russischen Föderation zu einem amorphen, kaum fassbaren Gegner. In diesem Spektrum hat sich ein Generationswechsel vollzogen. Einige politische und ideologische Führer des »Emirats« wie der 46-jährige Doku Umarow oder Mowladi Udugow, Hauptpropagandist der tschetschenischen Nationalbewegung im ersten Krieg 1994–1996, entstammen zwar noch der Generation der »tschetschenischen Revolution« unter Dschochar Dudajew. Insgesamt aber hat sich der kaukasische Widerstand deutlich verjüngt.

Der 29-jährige Vorsitzende einer inguschetischen Jugendorganisation schätzt, dass gut 15 Prozent seiner Klassenkameraden »in die Wälder«, das heißt in den Untergrund gezogen sind, und zwar oft so abrupt, dass die Eltern keinerlei Vorwarnung erhielten.<sup>54</sup> In einigen russischen Quellen werden die islamistischen Netzwerke auch unter der Bezeichnung Jugend-Jama'at behandelt. Ihr soziales Profil ist bislang kaum erforscht. Im Februar 2006 präsentierte das Innenministerium Kabardino-Balkariens ein soziales Porträt jener 166 Terroristen, die am Angriff auf Behörden der Hauptstadt Naltschik im Oktober 2005 beteiligt waren. 87% davon waren junge Männer bis zu 30 Jahren, 20% besaßen eine höhere Schul- oder Universitätsbildung, nur 1,2% hatten keine abgeschlossene Schulausbildung.<sup>55</sup> Diese Erkenntnisse stellen die häufig geäußerte These in Frage, dass beschäftigungslose und bildungsferne Jugendliche, die einen hohen Bevölkerungsanteil in nordkaukasischen Republiken stellen, das Hauptrekrutierungsfeld für den Jihad bilden.

Gleichwohl stehen bei der Analyse der Ursachen für die Krise im Nordkaukasus die Probleme der jungen Bevölkerungsgruppen im Vordergrund. In Studien des CSIS wird ihre Situation besonders genau beobachtet.<sup>56</sup> Eine Meinungsumfrage aus dem Jahr 2006 unter 1200 jungen Männern in drei Provinzen des Nordkaukasus zeigte, dass die Befragten miserable wirtschaftliche Lebensbedingungen und schlechte Regierungsführung als Hauptprobleme ansahen. Was die gesellschaftliche und politische Rolle des Islam und die

Rhetoric, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (7.10.2010) 181.

<sup>50</sup> So auf den Websites hunafa.com und jamaatshariat.com.

<sup>51</sup> Zum »Kaukasischen Emirat« siehe Kevin Daniel Leahy, »Reconciling Sharia with Realpolitik: The International Outlook of the Caucasus Emirate«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, 10 (10.12.2008) 24, S. 9–11, <<http://www.cacianalyst.org/files/081210Analyst.pdf>>; ders., »Umarov's Caucasus Emirate: Zero-sum or Capable of Compromise?«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, 10 (15.10.2008) 20, S. 9–11, <<http://cacianalyst.org/files/081015Analyst.pdf>>; Falkowski/Marszewski, *The »Tribal Areas« of the Caucasus* [wie Fn. 12], S. 57–61. Zum Machtkampf im »Emirat« seit Sommer 2010 siehe Musa Muradov, »Doku Umarov ostalsja bez čečenskogo krylja« [Doku Umarow bleibt ohne den tschetschenischen Flügel], in: *Kommersant*, 22.9.2010. Zu Person und Karriere Doku Umarows siehe Kevin Daniel Leahy, »From Racketeer to Emir: A Political Portrait of Doku Umarov, Russia's Most Wanted Man«, in: *Caucasian Review of International Affairs*, 4 (Sommer 2010) 3, S. 248–270.

<sup>52</sup> Igor Dobaev, »The Northern Caucasus: Spread of Jihad«, in: *Central Asia and the Caucasus*, 55 (2009) 1, S. 49–56; Andrew McGregor, *Military Jama'ats in the North Caucasus: A Continuing Threat*, Washington, D.C.: Jamestown Foundation, 2006, <[http://www.jamestown.org/fileadmin/Recent\\_Reports/Trans\\_amd\\_Speaker\\_NCC09142006/McGregor-14Sep06.pdf](http://www.jamestown.org/fileadmin/Recent_Reports/Trans_amd_Speaker_NCC09142006/McGregor-14Sep06.pdf)>. Zum historischen Hintergrund siehe Georgi Derluguian, »The Forgotten Complexities of the North Caucasus Jihad«, in: Bruce Grant/Lale Yalcin-Heckmann (Hg.), *Caucasus Paradigms. Anthropologies, Histories and the Making of a World Area*, Berlin 2007, S. 75–92.

<sup>53</sup> »Some 50 Militants Active in Russia's Kabarda-Balkaria – Deputy Minister«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet*

*Union Political File*, 14.1.2010.

<sup>54</sup> Ellen Barry, »In Caucasus, Two Leaders Vie for Loyalty«, in: *New York Times*, 17.4.2010, <<http://www.nytimes.com/2010/04/18/world/europe/18ingushetia.html?ref=europe>>.

<sup>55</sup> Dobaev, »The Northern Caucasus: Spread of Jihad« [wie Fn. 52], S. 53.

<sup>56</sup> So Theodore E. Gerber/Sarah Mendelson, »Security through Sociology: The North Caucasus and the Global Counterinsurgency Paradigm«, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, 32 (September 2009) 9, S. 831–851.

Definition von Jihad anging, erwies sich, dass nur eine Minderheit der jungen Männer einer radikal-islamistischen Ideologie zugeneigt ist.<sup>57</sup> Dies gilt erst recht für die älteren Bevölkerungsgruppen, die den Islam in sowjetischer Zeit zwar als traditionelles Volksbrauchtum praktizierten, aber religiösen Purismus eher ablehnen.

Dennoch treten islamistische Gruppen im Nordkaukasus mit einer radikalen, auf alle Lebensbereiche – Religion, Politik, soziales Zusammenleben – bezogenen Ideologie auf. Der Jihad hat hier islamistische Karrieren hervorgebracht, in der auch russische Namen auftauchen und religiöse Konvertiten zu besonders regen Propagandisten des »Kaukasischen Emirats« wurden. Für eine neue Generation militärischer und ideologischer Führer standen vor allem die Namen zweier junger Männer, die im März 2010 in Sonderoperationen der Sicherheitskräfte getötet wurden: Alexander Tichomirow und Ansor Astemirow. Ersterer stammte aus einer russisch-burjatischen Familie und war in Burjatien aufgewachsen, einer ortsibirischen Teilrepublik mit buddhistischer Titulernationalität. Als Jugendlicher lebte er in einem buddhistischen Kloster, konvertierte danach zum Islam, studierte an religiösen Schulen in Ägypten und trat im Sommer 2008 dem Jihad im Nordkaukasus bei. Unter dem Namen Scheich Said Burjatskij betätigte er sich hier als der effektivste Anwerber für das »Emirat«.<sup>58</sup> Die russischen Behörden machten ihn für den Anschlag auf den Newskij Express im November 2009 und andere Terroraktionen verantwortlich. Ansor Astemirow aus Kabardino-Balkarien gelangte als Emir Saifullah zu islamistischer Prominenz. Auf sein Konto gingen Anschläge von Jarmuk gegen die Sicherheitsstrukturen in seiner Heimatrepublik. Er galt als einer der Inspiratoren für die Ausrufung des »Emirats«. Russische Sicherheitsbehörden behaupteten nach der Ermordung der jungen Guerillaführer, diese sei das Hauptmotiv für den bald darauf folgenden Terroranschlag in der Moskauer Metro gewesen. Zweifel daran sind angebracht angesichts des notwendigen zeitlichen Vorlaufs für die Vorbereitung einer solchen Aktion.

## Die externe Dimension des nordkaukasischen Jihadismus

Anspielungen in russischen Quellen auf al-Qaida werfen die Frage auf, ob die kaukasische Guerilla mit dem globalen Jihad vernetzt ist. In letzter Zeit widmet Russland Afghanistans schlechter Sicherheitslage deutlich mehr Aufmerksamkeit. In diesem Kontext wird auch der Nordkaukasus stärker mit globalen Sicherheitsfragen verknüpft. Dabei beklagt Russland vor allem den Drogentransfer aus Afghanistan über den GUS-Raum. Laut Viktor Iwanow, ranghöchster russischer Drogenbekämpfer, laste ein »Heroin-Druck auf Russland«, der aus einer verfehlten Drogenpolitik der westlichen Alliierten in Afghanistan resultiere. Im Nordkaukasus habe sich die aus Afghanistan stammende Drogenmenge 2009 gegenüber dem Vorjahr vervielfacht. Die Destabilisierung der Region und ihre hohe Verbrechensrate seien auf den Handel mit afghanischen Drogen zurückzuführen.<sup>59</sup> Auch die USA bringen den nordkaukasischen militanten Islamismus zunehmend mit dem globalen Jihad in Verbindung. Daniel Benjamin, Koordinator für Terrorbekämpfung im State Department, stellte den Nordkaukasus in einen Zusammenhang mit al-Qaida, nachdem ein Selbstmordattentat mit 17 Todesopfern am 7. September 2010 die nordossetische Hauptstadt Wladikawkas erschüttert hatte.<sup>60</sup>

Zu Verbindungen islamistischer Zellen im Nordkaukasus mit Afghanistan, Pakistan und al-Qaida gibt es viele Andeutungen, aber wenig Fassbares. Bekannt ist, dass sich in den pakistanisch-afghanischen Grenzgebieten, die zum Anziehungspunkt für weltweiten Jihad-Tourismus geworden sind, auch Mujahedin aus dem GUS-Raum verschanzen – vor allem Usbeken, aber auch Kämpfer aus Tschetschenien und anderen Teilen des Kaukasus. In den in Afghanistan und Pakistan kämpfenden Jihad-Gruppen wie der Islamischen Bewegung Usbekistans oder der Islamischen Jihad-Union treten auch Kämpfer aus dem Kaukasus auf, neben solchen aus vielen anderen Teilen der islamischen Welt und aus Westeuropa. Eine besondere nordkaukasische Komponente hebt sich hier nicht hervor.

Ohne Zweifel wuchs der Einfluss externer islamistischer Kräfte, als der tschetschenische Widerstand sich von einer nationalen Unabhängigkeitsbewegung zum

<sup>57</sup> Ebd., S. 838.

<sup>58</sup> »Tod eines Jihad-Ideologen im Nordkaukasus«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.3.2010, S. 7.

<sup>59</sup> »Russian Official Blames USA, UN for Worsening Drug Threat from Afghanistan«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 3.3.2010.

<sup>60</sup> *Georgian Journal*, 16.–22.9.2010, S. 3.

regionalen Jihad wandelte. Freiwillige aus verschiedenen Teilen der islamischen Welt hatten bereits am ersten Tschetschenienkrieg teilgenommen, der noch überwiegend vom nationalen Unabhängigkeitskampf bestimmt war.

Der Zustrom von Jihad-Aktivisten vor allem aus Saudi-Arabien, aber auch aus Jemen, Ägypten und Kuwait in den Nordkaukasus verstärkte sich in den Jahren 1997 bis 1999. Im zweiten Tschetschenienkrieg ging der externe Einfluss aus mehreren Gründen wieder zurück: So wurden Finanzströme an bewaffnete Gruppen nach dem 11. September 2001 international stärker kontrolliert, die Grenzen Tschetscheniens wurden schärfer überwacht und in der kaukasischen Bevölkerung wuchs die Feindseligkeit gegenüber ausländischen Islamisten. Seit 2007 ist in arabischen Medien und Internetforen wieder ein intensiveres Interesse an den Entwicklungen im Nordkaukasus und am »Kaukasischen Emirat« zu beobachten.<sup>61</sup>

Seit Mitte der 1990er Jahre kursierte das Schlagwort »Wahhabismus« für eine von außen beeinflusste Radikalisierung »islamischer Wiedergeburt« im postsowjetischen Raum. Unter Anspielung auf den Wahhabismus in Saudi-Arabien wurden alle neo-fundamentalistischen Strömungen unter diesem Begriff zusammengefasst, womit ihre externe Herkunft betont wurde. In den letzten Jahren ist zunehmend der angemessenere Terminus »Salafismus« bzw. »Salafiten« an diese Stelle getreten, der eine Vielfalt radikal-puristischer Richtungen im Islam bezeichnet. Besonders im Nordkaukasus wurde ein Konflikt zwischen wahhabitischen oder salafitischen Strömungen und einem traditionellen kaukasischen Islam festgestellt. Eine Generation junger Muslime, die gegen die noch von der Sowjetmacht kontrollierten religiösen Traditionen ihrer Eltern rebellierte, war sicherlich gewissen Einflüssen von außen ausgesetzt. Dennoch wäre es falsch, islamistische Zellen in Kabardino-Balkarien oder Dagestan in erster Linie als lokale Qaida-Filialen anzusehen und sie auf einer islamistischen Achse zwischen dem Nordkaukasus, Zentralasien und Afghanistan anzusiedeln. Das würde die spezifischen lokalen Bedingungen für islamisch begründete Opposition im Nordkaukasus ausblenden<sup>62</sup> und allein islamistische Gewalt für die Instabilität in dieser Region verantwortlich machen.

<sup>61</sup> Murad Batal al-Shishani, »Salafi-Jihadis and the North Caucasus: Is There a New Phase of the War in the Making?«, in: *Terrorism Monitor*, 8 (8.7.2010) 27.

<sup>62</sup> Mairbek Vatchagaev, »The Caucasus Emirate: a Strictly Home-Grown Movement«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (8.10.2010) 182.

Die Mehrheit der Bevölkerung in nordkaukasischen Republiken lehnt salafitische Eingriffe in ihr nationales und kulturelles Erbe ab. 1999 leisteten die Dagestaner gegen einen solchen Eingriff aus Tschetschenien breiten Widerstand, den Moskau als Auftakt für seine zweite Militärkampagne gegen die abtrünnige Republik nutzte.

Als Präsident Medwedew 2009 den Nordkaukasus zur gesamtrussischen Herausforderung erklärte, brachte er die unhaltbaren Zustände dort mit hausgemachten Problemen Russlands in Verbindung: Er nannte den Mangel an politischer Aufmerksamkeit für die sozialökonomischen Missstände in der Region, die fehlenden Perspektiven für die Jugend und die endemische Korruption und Klientelwirtschaft.<sup>63</sup> Trotz des Eingeständnisses, dass die russische Politik im Nordkaukasus versagt hat, herrscht weiterhin ein Trend vor, die Probleme ausländischen Umtrieben zuzuschreiben. In der bereits erwähnten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM zum Nordkaukasus vom Sommer 2009 wurde die Frage gestellt: »Wodurch wird die Zunahme von Terroranschlägen und Spannungen verursacht?« Die am häufigsten genannten Antworten lauteten »aktive Unterstützung der Banden von außen durch andere Länder, die den russischen Einfluss im Kaukasus zurückdrängen wollen« und »Kampf um die Ressourcen der Republiken des Kaukasus«. Seltener genannt wurden interne Ursachen wie »Untätigkeit und Schwäche der Staatsmacht der Russischen Föderation im Kaukasus« oder »interne Machtkämpfe«.<sup>64</sup> Seit 2009 unterstellen russische Kommentatoren vor allem Georgien, es wolle den Nordkaukasus destabilisieren, um sich für den verlorenen Krieg mit Russland und den Verlust Abchasiens und Südossetiens zu rächen. Es kursieren Verschwörungstheorien über eine Zusammenarbeit zwischen georgischen Geheimdiensten und al-Qaida mit dem Zweck, die Region islamistisch zu unterwandern.<sup>65</sup> Angeblich trainieren ausländische Terrorspezialisten in georgischen Militärlagern Kämpfer für Anschläge auf russischem Territorium.<sup>66</sup>

<sup>63</sup> Vgl. »Russlands nordkaukasisches Jahr«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 7.1.2010.

<sup>64</sup> Umfragen des WZIAM, 25./26.7.2009, <<http://wciom.ru/novosti/press-vypusk/single/12252.html>>; *Nordkaukasus – Russlands inneres Ausland?* [wie Fn. 2], S. 24, <[www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen194.pdf](http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen194.pdf)>.

<sup>65</sup> »Georgia Dismisses Russia's Latest Accusation of Al-Qa'idah Links«, *BBC Monitoring Global Newswire – Former Soviet Union Political File*, 3.2.2010.

<sup>66</sup> »Russian Ministry Says Has Documentary Evidence of Ter-

Auch die USA und andere westliche Akteure werden gelegentlich beschuldigt, den Zerfall des Vielvölkerstaats Russland anzustreben und dafür an der schwächsten Stelle in seiner Peripherie, im Nordkaukasus, anzusetzen. Der Westen schrecke nicht einmal davor zurück, islamistische Gewaltakteure im Nordkaukasus zu unterstützen – wie seinerzeit in Afghanistan gegen die Sowjetmacht. Dies deckt sich mit Bedrohungsperzeptionen in der neuen russischen Militärdoktrin, die Präsident Medwedew im Februar 2010 unterzeichnete. Darin rangieren »Versuche (auswärtiger Mächte), die Lage in einzelnen Staaten und Regionen zu destabilisieren und ihre strategische Sicherheit zu untergraben«, nach der NATO-Expansion in den postsowjetischen Raum an zweiter Stelle von insgesamt elf »externen militärischen Bedrohungen Russlands«.<sup>67</sup> 2009 wurde in Russland erwogen, die Truppen im Nordkaukasus zu verstärken,<sup>68</sup> weil die dortigen Sicherheitsstrukturen einem Angriff von Süden womöglich nicht standhalten könnten. Mit diesem Argument wird eine Bedrohung durch Georgien insinuiert. Dem hält ein kaukasischer Experte entgegen: »In Wirklichkeit geht es hier kaum um Georgien, das Russland wohl in keiner Weise mehr bedrohen kann, sondern um die Gesamtsituation in der Region, in der bewaffnete Opposition längst kein ephemeres Phänomen mehr ist, sondern tiefe Wurzeln in allen nationalen Republiken des Nordkaukasus geschlagen hat.«<sup>69</sup>

## Islamischer Traditionalismus versus islamistische Radikalisierung

Der Islam wird aber nicht nur von Kräften instrumentalisiert, die Russland oder den lokalen Regimen feindlich gesinnt sind. In Tschetschenien betreibt der Machthaber Ramsan Kadyrow eine Islamisierung des öffentlichen Lebens, um seine Herrschaft ideologisch zu untermauern und gegenüber militanten Islamisten zu sichern. Er greift dabei auf einen von sufitischen Traditionen geprägten sogenannten kaukasischen

Islam zurück, mit dem er externe islamistische Einflüsse zurückdrängen will. Im Rahmen dieses Programms entstand die größte Moschee Russlands und Europas in der von zwei Kriegen einst zerstörten, inzwischen weitgehend wieder aufgebauten Hauptstadt Grosny. Die Moschee wurde nach Achmat Kadyrow benannt, Vater und Amtsvorgänger des Präsidenten und ehemaliger Mufti Tschetscheniens. Zu ihrer Eröffnung kamen Geistliche und Politiker aus vielen islamischen Ländern, nur die Führer aus den kaukasischen Nachbarrepubliken hielten sich auffällig zurück. Ramsan Kadyrow betreibt zunehmend seine eigene Außenpolitik in der islamischen Welt. Für Februar 2011 plant er pompöse internationale Festlichkeiten in Grosny zum Geburtstag des Propheten.<sup>70</sup>

Für die Beschwörung einer mit der Zugehörigkeit zu Russland kompatiblen religiösen und nationalen Identität Tschetscheniens setzt Kadyrow auf einen verbreiteten Sufi-Orden. So wurde in Grosny außer der Hauptmoschee die *Islamische Universität Kunta Hadschi* gegründet. Sie trägt den Namen des Führers eines Zweigs des Qadiriyya-Ordens: Nach dem verheerenden Krieg nordkaukasischer Muslime in Dagestan und Tschetschenien gegen die Armee des Zaren 1834–1859 hatte Kunta Hadschi die Unterordnung der Tschetschenen unter russische Oberherrschaft religiös legitimiert, weil die Fortsetzung des Kampfes die Vernichtung nordkaukasischer Völker bedeutet hätte. In diesem ideologischen Rahmen bekundet nun die offizielle islamische Geistlichkeit in Tschetschenien Loyalität zur russischen Oberherrschaft.<sup>71</sup>

Diese Strategie hat allerdings zwei Schwachpunkte. Zum einen ist der in seinem Brauchtum lokal und ethnisch differenzierte kaukasische Islam nicht sonderlich geeignet, nationale Kohärenz zu schaffen, wie die Geschichte zeigt. Mit seinen konkurrierenden Bruderschaften stützt er eher einen Partikularismus, der in der tribalen Segmentierung der tschetschenischen und anderer kaukasischer Gesellschaften zum Ausdruck gelangt. Zum anderen wird durch diese offizielle Islamisierung Tschetscheniens erst recht kulturelle Distanz zu Russland und seiner säkularen Verfassung markiert und der Charakter des Nordkaukasus als inneres Ausland unterstrichen. Russische Kommentatoren weisen darauf hin, dass in allen

rorists« Trained in Georgia», *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 16.1.2010.

<sup>67</sup> *Voennaja doktrina Rossijskoj Federacii* [Militärdoktrin der Russländischen Föderation], 5.2.2010, <[http://news.kremlin.ru/ref\\_notes/461](http://news.kremlin.ru/ref_notes/461)>.

<sup>68</sup> *Nezavisimaja gazeta*, 29.10.2009.

<sup>69</sup> Mairbek Vatchagaev, »Moscow and Grozny Evince Growing Nervousness over Regional Security«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 6 (9.11.2009) 206.

<sup>70</sup> »Chechen Leader Proposes High-level International Islamic Festivities in 2011«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 26.2.2010.

<sup>71</sup> »Chechen Religious Figures Voice Support for Russian Authorities«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 8.5.2010.

Schulen Tschetscheniens neben Bildern des lokalen Machthabers bald Flaggen mit Koranzitaten hängen werden, und fragen, wie lange sich dies noch mit der Unterstützung Moskaus für Kadyrow vereinbaren lasse. Während in anderen Teilen des postsowjetischen Raums, so im zentralasiatischen Tadschikistan 2007, ein Verschleierungsverbot für Frauen an Schulen und in Regierungsgebäuden verhängt wurde, umfasst die Kadyrow'sche Kampagne in Tschetschenien islamische Bekleidungsvorschriften für das Auftreten von Frauen in der Öffentlichkeit. Dieses tschetschenische Experiment wird im übrigen Russland und besonders in den kaukasischen Nachbarrepubliken misstrauisch beäugt.<sup>72</sup> In Dagestan hingegen mehrten sich unter dem neuen Präsidenten Magomedow die Anzeichen für einen Nachahmungseffekt. Auch hier wird die staatlich geförderte Aufwertung des einheimischen Islam gegen den Untergrund-Islam in Stellung gebracht. Der Präsident rühmt sich seiner »Anstrengungen, Spielhöhlen, Drogensucht und Alkoholismus auszumerzen«.<sup>73</sup>

In muslimischen Regionen Russlands liegt religiös-politischer Konfliktstoff nicht nur auf der Ebene eines radikalisierten oppositionellen, sondern auch auf der des staatstreuen offiziellen Islam. Ramsan Kadyrow hat nicht nur in seiner Republik einen Islamisierungsprozess ausgelöst. In den letzten beiden Jahren hat er sich auch zunehmend zum Sprecher des russländischen Islam auf nationaler und internationaler Bühne aufgeschwungen.<sup>74</sup> Zudem entbrennen immer wieder Machtkämpfe innerhalb der offiziellen Geistlichkeit.<sup>75</sup> Das Muftiat gilt zwar überwiegend als staatstreu, aber die Trennung zwischen ihm und dem radikalen Islamismus ist nicht kategorisch. So wurde im Mai 2010 der Mufti Nordossetiens von der Staatsanwaltschaft bezichtigt, in einem Interview Sympathie für den mili-

tantan Jihad bekundet und Kontakte zu Mujahedin gepflegt zu haben. Er wurde daraufhin abgesetzt.<sup>76</sup>

## Renaissance des ethnischen Nationalismus: Gefahr von Separatismus?

Beim Übergang von der sowjetischen in die nachsowjetische Periode prägten im Nordkaukasus »ethnische Unternehmer«, die nationale Volksfronten mobilisierten, das Bild politischer und gesellschaftlicher Bewegung und Unruhe. In dieser Region entzündete sich 1992 der erste bewaffnete interethnische Konflikt im nachsowjetischen Russland: Osseten und Inguschen fochten um einen Gebietsteil nahe der nordossetischen Hauptstadt Wladikawkas. Das dadurch verursachte Flüchtlingsproblem konnte bis heute nicht gelöst werden. Diese militärische Auseinandersetzung wurde aber bald von der tschetschenischen Sezessionsbewegung in den Schatten gestellt, die zu den schlimmsten Gewaltereignissen nachsowjetischer Geschichte führen sollte. Danach wiederum verloren ethno-nationalistische Kräfte an Boden, dafür erhielt der transethnische islamistische Appell immer mehr Zulauf. Für die neuerliche Entwicklung konstatieren russische Experten ein Wiederaufleben des ethnischen Nationalismus im Nordkaukasus.<sup>77</sup> Die binationalen »Bindestrich-Republiken« Karatschajewo-Tscherkessien und Kabardino-Balkarien werden von politischen Querelen zwischen ihren beiden namengebenden Volksgruppen erschüttert, wobei die jeweils kleinere die »Ethnokratie« der größeren anführt. Aktuelle Probleme der kommunalen Verwaltungsreform und der Landverteilung in polyethnischen Föderationssubjekten sowie Konkurrenzkämpfe in den lokalen Machteliten fachen ethnische Konflikte an. Die russische Politik steht hier vor einem Dilemma. Einerseits muss sie den ethnischen Proporz bei der Ämterverteilung in nordkaukasischen Föderationssubjekten berücksichtigen und kann nicht folgenlos in die ausgeklügelte Balance eingreifen. Andererseits betont sie, bei seiner reformorientierten Personalpolitik im Nordkaukasus müssen professionelle Kriterien unbedingten Vorrang vor jeglichem Abstammungsprinzip genießen.

In einigen Republiken könnte die herrschende Elite geneigt sein, ethnischen Nationalismus gegen mili-

<sup>72</sup> »The Envy of the Neighbours: Chechnya's Imams Fight Radicalism with Islamization of the Republic«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 23.10.2009.

<sup>73</sup> Zitiert in: Matthias Schepp, »Tragt Chaos in ihre Reihen«, in: *Der Spiegel*, (26.7.2010) 30, S. 95.

<sup>74</sup> So verurteilte er am 30. November 2009 als Erster das umstrittene Schweizer Referendum über ein Verbot für den Bau von Minaretten: »So etwas spielt Wahhabiten und anderen Organisationen in die Hände, die sich das Recht angemaßt haben, Europa als islamfeindlich abzustempeln [...] In dieser Hinsicht dient Russland als Beispiel für interkonfessionelle Kooperation und für eine weise Religionspolitik.« *Interfax*, 30.11.2009.

<sup>75</sup> Zu Zwist und Zersplitterung in Russlands Muftiatsgeistlichkeit siehe schon Uwe Halbach, *Rußlands Welten des Islam*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2003 (SWP-Studie 15/2003), S. 23–25.

<sup>76</sup> Valery Dzutsev, »Removal of North Ossetian Mufti Sparks Fears Its Muslims May Choose Radical Path«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (25.5.2010) 101.

<sup>77</sup> Sergei Markedonov, »The North Caucasus – 2009: In the Zone of Heightened Turbulence«, *Politkom.ru*, 29.12.2009.

tanten Islamismus ins Feld zu führen. Das wäre ein gefährlicher Irrweg für den Nordkaukasus, über dessen schillerndes Ethnogramm die sowjetische Nationalitätenpolitik bizarre und konfliktanfällige Muster »nationaler Staatsbildung« und innersowjetischer Grenzziehung gelegt hat.

Vor allem nationale Einigungsbewegungen im ruhigeren Westteil der Region machen auf sich aufmerksam. Die »tscherkessische Frage« wird für Russland zu einem heiklen ethno-politischen Thema und zu einem Fall unbewältigter Geschichte. Das Ethnonym »Tscherkessen« umfasst sprachlich eng verwandte Volksgruppen des nordwestlichen Kaukasus: Adygeer, Kabardiner, Schapsugen, Abasinen und andere. Vor dem Ende des Kaukasuskriegs 1864 bildeten die Tscherkessen die größte Volksgruppe im Nordkaukasus, danach nur noch einen winzigen Rest in einem Kolonialgebiet, das nun mit Russen, Ukrainern und anderen Bevölkerungsgruppen des Zarenreichs besiedelt wurde. Krieg, Hunger und Vertreibung dünneten die autochthone Bevölkerung so stark aus, dass ihre Nachfahren diesen Vorgang als Genozid gewertet wissen wollen. Insgesamt leben in Russland laut der Volkszählung von 2002 heute 700 000 Tscherkessen. Dazu kommen schätzungsweise drei Millionen Nachfahren in der Türkei und einige Hunderttausend in Jordanien, Syrien, Israel, USA und anderen Ländern. In letzter Zeit kommunizieren die weltweit verstreuten tscherkessischen Gemeinden verstärkt über das Internet miteinander<sup>78</sup> und bilden eine Bewegung, die Russland Ärger bereitet. Denn im Kontext der tscherkessischen Frage steht ein für Moskau eminent wichtiges Prestigeprojekt, das aber bereits zahlreiche Probleme wie eine unüberschaubare Kostenexplosion verursacht hat: die Winterolympiade in Sotschi 2014.<sup>79</sup> Aus Sicht der tscherkessischen Bewegung liegt das olympische Gelände auf einem »historischen Terrain von Genozid«. Auf einer eigens dafür eingerichteten Website<sup>80</sup> agitiert sie gegen das Projekt. Damit wird die Nervosität in Moskau gegenüber Aktivitäten dieser Bewegung in nächster Zeit noch steigen.<sup>81</sup> Wie keine

andere Volksgruppe fühlen sich die Tscherkessen als Opfer einer zaristischen und später einer stalinistischen Politik des »Teile und herrsche«. Aus ihrer Sicht ist ihre historische Heimat durch diese Politik in sechs Gebietseinheiten aufgeteilt worden. Der radikalere Teil der Bewegung fordert, diese Gebiete wieder zusammenzulegen. Eins davon ist ausgerechnet Sotschi.

Angesichts der weltweiten Diaspora dieser Volksgruppe bietet die tscherkessische Frage für Moskau ein klassisches Beispiel für die externe Dimension kaukasischer Probleme. Als Alexander Chloponin im April 2010 Karatschajewo-Tscherkessien besuchte, behauptete er, bestimmte Kräfte wollten mit Hilfe des tscherkessischen Problems den Nordkaukasus von außen destabilisieren. Der neue Sonderbeauftragte für den Nordkaukasus griff in die ethno-politische Machtbalance der binationalen Teilrepublik ein, indem er verlangte, einen ethnischen Tscherkessen an die Spitze ihrer Regierung zu stellen. Seit gut 20 Jahren lautet hier die ethnische Proporzformel zwischen den Hauptnationalitäten der turkstämmigen Karatschaier (40% der Bevölkerung), Russen (34%) und Tscherkessen (19%): ein Karatschaier als Präsident, ein Tscherkesse als Regierungschef, ein Russe als Parlamentsvorsitzender. Der Proporz wurde zuletzt von Präsident Boris Jeltsin verletzt, der einen Griechen an die Spitze der Exekutive stellte und damit die tscherkessische Gemeinde provozierte. Die Republikführung kam der Forderung Chloponins nur zögerlich nach. Die Vereinigungsbestrebungen der tscherkessischen Bewegung in Karatschajewo-Tscherkessien stellen derzeit das größte Risiko für den territorialen Bestand einer Republik im Nordkaukasus dar.<sup>82</sup> In Reaktion darauf wurden wiederholt Anschläge gegen tscherkessische Aktivisten verübt. So wurde am 12. Mai 2010 der tscherkessische Politiker Fral Schebsukow, ein Berater von Präsident Jeltsin, auf offener Straße ermordet.

Eingriffe der föderalen Gewalt in die lokalen politischen Institutionen laufen Gefahr, ethnischen Zwist vor Ort auszulösen oder zu verschärfen. Dazu gehören selbst harmlos erscheinende Maßnahmen wie die von

<sup>78</sup> Zeynel Abidin Besleney, »Circassian Nationalism and the Internet«, *OpenDemocracy*, 21.5.2010, <<http://www.opendemocracy.net/od-russia/zeynel-abidin-besleney/circassian-nationalism-and-internet>>.

<sup>79</sup> Valery Dzutsev, »Multiple Problems Plague Kremlin Plans for 2014 Sochi Olympic Games«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (27.5.2010) 103.

<sup>80</sup> <[www.nosochi2014.com](http://www.nosochi2014.com)>.

<sup>81</sup> Vertreter dieser Bewegung stellen folgende Forderungen: 1. Anerkennung des »Genozids« an den Vorfahren, 2. Ermög-

lichung der Rückkehr ihrer Nachfahren aus der Diaspora in den Nordkaukasus, 3. Vereinigung aller ehemals tscherkessischen Territorien zu einem eigenen föderalen Distrikt, 4. Ende der Geschichtsfälschung über den »freiwilligen Anschluss der Tscherkessen an Russland«. Valery Dzutsev, »The Circassian Question Is Driving Change in the Northwest Caucasus«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (3.5.2010) 85.

<sup>82</sup> Valery Dzutsev, »Breakup of Karachaevo-Cherkessia Becomes Subject of Public Debate«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (28.6.2010) 124.



Präsident Medwedew im Dezember 2009 vorgeschlagene Regulierung der Abgeordnetenzahl in den Regionalparlamenten der Russischen Föderation.<sup>83</sup> Danach müsste in einigen kleineren Teilrepubliken die Zahl der Parlamentssitze deutlich verringert werden. Das hätte eine Umgestaltung der Parlamente zur Folge und würde die dort mühsam hergestellte Balance zwischen ethnischen Gruppen in Frage stellen. In der Vielvölkerrepublik Dagestan ist es besonders wahrscheinlich, dass eine Einmischung Moskaus in die lokalen politischen Kräfteverhältnisse und die Ämterverteilung ethnische Unruhen entzündet. Politische Macht in dieser Republik beruhte bis vor wenigen Jahren auf einem Konkordanzmodell, in dem die Besetzung von Ämtern ethnisch und tribal ausgehandelt wurde. Als im Jahre 2006 das Präsidentenamt eingeführt wurde, veränderte sich das politische System, worauf noch einzugehen sein wird.

Der ethnische Konfliktstoff ist aber nicht mit Separatismus im Sinne einer radikalen Trennung von Russland gleichzusetzen. Der Konflikt zwischen Moskau und Tschetschenien seit Beginn der 1990er Jahre machte diese Kaukasusrepublik in der Wahrnehmung russischer und westlicher Beobachter zum Dominostein für Sezessionsbewegungen in Russland. Die – längst rückgängig gemachte – radikale Trennung Tschetscheniens von Russland blieb aber der krasse Ausnahmefall und bewirkte keinen Dominoeffekt. In Kabardino-Balkarien und Karatschajewo-Tscherkessien erstarkten Nationalbewegungen unter der jeweils kleineren namengebenden Volksgruppe. Diese Bewegungen hatten aber nicht den Austritt aus der Russischen Föderation im Sinn, sondern strebten nach mehr Souveränität gegenüber der jeweils größeren und politisch dominierenden namengebenden Volksgruppe. Zum Sezessionspotential in Dagestan, der größten kaukasischen Teilrepublik, sagte einst deren bekanntester Schriftsteller Rasul Gamsatow: »Dagestan ist Russland nicht freiwillig beigetreten und es wird es freiwillig nicht wieder verlassen.«<sup>84</sup> Beim gegenwärtigen Zustand der Republik klingt diese Bekräftigung territorialer Integrität Russlands fast wie eine Drohung.

**83** Valery Dzutsev, »Restructuring Local Parliaments May Aggravate the Northern Caucasus Situation«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (11.1.2010) 6.

**84** Zitiert in: Sergej Markedonov, »Severnyj Kavkaz: Bezopasnost', territorija, naselenie« [Nordkaukasus: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung], *Politkom.ru*, 7.2.2008.

## Föderale Machtvertikale und subnationaler Autoritarismus

Anders als im Südkaukasus, wo zum Beispiel Georgier auf nationale Staatsgebilde bis in tiefstes Altertum zurückblicken, gab es im Nordkaukasus kaum politische Gemeinwesen auf autochthoner Grundlage, die über enge lokale Grenzen hinausreichten. Das Spektrum reichte hier von politischen Systemen mit starker Ständegliederung und feudaler Fürstenherrschaft bis zu dezentral organisierten freien Gemeinden wie in Tschetschenien. Waren nordkaukasische Völker in größere staatliche Zusammenhänge integriert, dann in externe Reichsbildungen wie das russische Zarenreich und die Sowjetunion. Erst der Widerstand der Bergvölker gegen die russische Kolonialpolitik regte im 19. Jahrhundert eine transethnische politisch-religiöse Einigung an. Aus dem islamisch begründeten Kampf gegen die Armee des Zaren ging im Ostteil der Region eine autochthone Staatsbildung hervor, ein Imamat, das 1859 vor dem überlegenen Gegner kapitulieren musste. Nachfolgende Erfahrungen mit Staatlichkeit waren wieder fremdbestimmt. Mit der Sowjetisierung wurde der Nordkaukasus einem Ordnungssystem unterworfen, das zwar ethnische Selbstbestimmung in der nichtrussischen Peripherie suggerierte, aber in dem alle relevanten politischen und ökonomischen Entscheidungen in Moskau getroffen wurden. Eine Gebietsgliederung aus ethnisch definierten Autonomien schuf hier eine bizarre, konfliktanfällige Territorialordnung, was schon allein aus den Namen von Bindestrich-Republiken wie Karatschajewo-Tscherkessien, Kabardino-Balkarien oder der tschetschenisch-Inguschischen ASSR herausklang. In einer Region mit höchster ethnischer Vielfalt wurde ein Prinzip ethnischer Territorialität verankert, das sich beim Zerfall der Sowjetunion in mannigfachen Konflikten entlud.

In der nachsowjetischen Entwicklung innerhalb der Russischen Föderation warf der Nordkaukasus wie keine andere Region Fragen zum Verhältnis zwischen Föderal- und Regionalgewalt und zur politischen Entwicklung Russlands seit dem Amtsantritt Wladimir Putins als Präsident auf. Einer vom Kreml hergestellten *Machtvertikale* stand ein Autoritarismus auf regionaler Ebene gegenüber, dessen Protagonisten eigene Wege gingen und gleichzeitig nachdrücklich ihre Loyalität gegenüber der Zentralgewalt bekundeten.

Schlagendes Beispiel dafür ist Tschetschenien unter der Führung Ramsan Kadyrows.

Was die Generierung politischer Macht in nationalen Teilrepubliken der Russischen Föderation betrifft, werden Tatarstan und der Nordkaukasus gerne in Kontrast gesetzt. Beide stehen für Entwicklungen, die vorübergehend außerhalb der Reichweite des Kreml lagen – im Falle Tatarstans unter seinem langjährigen Präsidenten Schaimijew für durchweg günstige, im Falle des Nordkaukasus für prekäre Entwicklungen.<sup>85</sup> Dabei hat der Nordkaukasus maßgeblich auf das Verhältnis zwischen föderaler und regionaler Gewalt unter der Präsidentschaft Putins eingewirkt. Ereignisse in dieser Region lieferten den Anlass für die Straffung der genannten Machtvertikale, ein Hauptstichwort für die politische Entwicklung in der Putin-Ära. Dies begann im Jahr 2000 mit der Einrichtung von sieben größeren Föderalbezirken, gewissermaßen Generalgouvernements. Für Präsident Putin blieb der Südliche Föderalbezirk einschließlich des Nordkaukasus die strategisch sensibelste Großregion. Einen entscheidenden Schritt auf dem Weg der Rezentralisierung tat der russische Präsident kurz nach dem schlimmsten Terrorakt im Nordkaukasus, der Geiselnahme in Beslan 2004. Er setzte durch, dass die Regionsführer, im Falle der meisten Teilrepubliken die Präsidenten, vom Kreml im Einklang mit den Regionalparlamenten eingesetzt und nicht mehr in Volkswahlen ermittelt werden.

Gegenwärtig ist Russlands Regionalpolitik von einem Generationswechsel in den lokalen Machteliten gekennzeichnet. Regionalfürsten, die seit den frühen 1990er Jahren an der Macht waren, verabschiedeten sich 2010, darunter die beiden prominentesten Patriarchen, der tatarische Präsident Mintimer Schaimijew und sein baschkirischer Amtskollege Murtaza Rahimow, sowie weitere Veteranen wie Wladimir Tschub in Rostow (nach 19 Jahren Regierungszeit), Nikolai Fedorow in Tschuwaschien (nach 16 Jahren) und Sergej Katanandow in Karelien (nach 12 Jahren). Spekularste Maßnahme auf diesem Feld war die Ablösung des seit 1992 amtierenden Moskauer Oberbürgermeis-

<sup>85</sup> »Russia and Its Regions. Beyond the Kremlin's Reach«, in: *The Economist*, 30.1.–5.2.2010.

ters Jurij Luschkow, der eine gewaltige politisch-ökonomische Hausmacht aufgebaut hatte. An die Stelle der Patriarchen treten jüngere, teilweise aus dem Wirtschaftsmanagement stammende Kader. Damit markiert Präsident Medwedew sein Modernisierungsprogramm für Russland auf der regionalen Ebene.<sup>86</sup> Zudem wird der Präsidententitel in immer mehr nationalen Teilrepubliken abgeschafft – getreu der Parole, dass es in Russland nur einen Präsidenten gibt. In zehn von 21 Republiken ist dies bereits geschehen.<sup>87</sup>

Auch im Nordkaukasus wurden in den letzten Jahren neue Führer an die Spitze der Teilrepubliken gesetzt. Trotz des vermeintlich gestrafften Zugriffs auf die regionale Ebene blieb diese Region aber derjenige Teil der Russischen Föderation, in dem die Machtvertikale am wenigsten ausrichten kann. Bereits 2004 setzte der Kreml in Gestalt von Dmitrij Kosak einen durchaus fähigen Sonderrepräsentanten für den Nordkaukasus ein. Kosak stand der Rezentralisierung jedoch skeptisch gegenüber und teilte mit anderen Kritikern die Einschätzung, die Machtkonzentration in Moskau biete keine Garantie für effektivere Kontrolle über die Entwicklungen in den Regionen.<sup>88</sup> Für die Defizite russischer Politik im Nordkaukasus in dieser Phase der Rezentralisierung wurden verschiedene Gründe geltend gemacht. Einer davon waren die stark personalisierten, fast feudalherrschaftlichen Verbindungen zwischen Moskau und der kaukasischen Peripherie.<sup>89</sup> Zum Symbol für das Scheitern der Machtvertikale im Nordkaukasus wurde Inguschetien. Unter seinem Präsidenten Murat Sjasikow, der aus dem Geheimdienstapparat Russlands in den Nordkaukasus entsandt worden war, entwickelte sich ein besonders prekäres Verhältnis zwischen lokaler Gesellschaft und

Regierung. Hier erhob sich breite Opposition gegen den Republikführer.

Zu Beginn des Jahres 2010 gab es eine weitere Änderung in den Beziehungen zwischen Bundesgewalt und Regionen, die den Nordkaukasus betraf. Am 12. November 2009 kündigte Präsident Medwedew in seiner Jahresbotschaft an das Parlament an, eine besondere Position für den gezielteren föderalen Zugriff auf die Problemregion Nordkaukasus zu schaffen. Sofort wurden in den Medien mehrere Anwärter für diesen Posten gehandelt, darunter der tschetschenische Präsident Kadyrow, der vormalige Sonderbeauftragte Dmitrij Kosak und die Kreml-Magnaten Wladislaw Surkow und Sergej Iwanow. Zum neuen »Manager des Kaukasus« wurde dann aber ein Überraschungskandidat bestellt: Alexander Chloponin, zuvor Gouverneur des ostsibirischen Krasnojarsk, der flächenmäßig zweitgrößten Region Russlands, und davor Manager des Rohstoffkonzerns Norilsk Nickel.

### Das neue nordkaukasische Gouvernement und sein Vizekönig

Am 19. Januar 2010 fiel im Kreml die Entscheidung, die kaukasischen Teilrepubliken mit Ausnahme der westlichsten aus dem bisherigen größeren *Südlichen Föderalbezirk* auszugliedern. Der neue *Nordkaukasische Föderalbezirk* besteht aus den Teilrepubliken Dagestan, Tschetschenien, Inguschetien, Kabardino-Balkarien und Karatschajewo-Tscherkessien sowie der südrussischen Region Stawropol mit ihren 2,7 Millionen Einwohnern. Als Hauptstadt des Bezirks fungiert Pjatigorsk in der Region Stawropol. Adygien verbleibt im bisherigen Südlichen Föderalbezirk mit der Hauptstadt Rostow. Er umfasst die südrussischen Regionen Krasnodar, Rostow, Wolgograd, Astrachan und die Teilrepublik Kalmykien mit ihrer buddhistischen Titularnationalität.

Mit dieser Reorganisation wird der Stellenwert des Kaukasus in der Bundespolitik erhöht. Seine Aufwertung im regionalen Gefüge der Föderation wird unterschiedlich kommentiert. So heißt es in einer skeptischen Stellungnahme: »Da entsteht ein quasimuslimischer Bezirk mit Republiken, die allesamt von polyethnischen Bevölkerungsstrukturen und Konflikten geprägt sind. Auf diese Weise wird der Tatsache Rechnung getragen, dass der Nordkaukasus eine besondere und gefährliche Region ist.«<sup>90</sup> Die Darstellung des

<sup>86</sup> Sergei Markedonov, »The End of an Era in Regional Politics«, in: *Johnson's Russia List*, (30.7.2010) 143.

<sup>87</sup> In vier Teilrepubliken – Komi, Chakassien, Altai und Karelien – gab es nie ein Präsidentenamt, in vier weiteren – Mordwinien, Tuwa, Nordossetien und Kalmykien – wurde der Präsidententitel zwischen 1993 und 2005 abgeschafft. Dafür wurde er 2006 in Dagestan erstmals eingeführt. In sieben weiteren Teilrepubliken – darunter den meisten nordkaukasischen – haben die Präsidenten Bereitschaft bekundet, ihre Amtsbezeichnung zu ändern. 2010 stimmten die Parlamente in Tschetschenien und Inguschetien dieser Änderung bereits zu. Evgenij Kozyčev, »Gde ostalis' prezidenty?« [Wo sind die Präsidenten geblieben?], in: *Kommersant*, 3.9.2010.

<sup>88</sup> Darrell Slider, »Putin's ›Southern Strategy‹: Dmitriy Kozak and the Dilemmas of Recentralization«, in: *Post Soviet Affairs*, 24 (2008) 2, S. 177–197.

<sup>89</sup> Malašenko, *Kavkaz, kotoryj my terjaem* [wie Fn. 4], S. 4.

<sup>90</sup> Zitiert in: Aleksej Malašenko, »Podnjalsja nad urovnem

neuen Föderalbezirks als »kaukasisch« und »muslimisch« und deshalb »gefährlich« ist aber fragwürdig. Sein neben Dagestan bevölkerungs- und flächenmäßig größtes Föderationssubjekt ist die Region Stawropol mit ihrer überwiegend russischen Bevölkerung. Diese Region ist in der nachsowjetischen Entwicklung zunehmend zu einer Pufferzone gegenüber dem kaukasischen inneren Ausland geworden und bildet im neuen Föderalbezirk ein Gegengewicht zu rund sechs Millionen Angehörigen kaukasischer Ethnien. Dass hier das Zentrum der neuen kaukasischen Verwaltungseinheit entstehen soll, wird mit der besseren Infrastruktur der Region und ihrer Funktion als angeblich neutrales Territorium begründet. Die Residenz eines »kaukasischen Vizekönigs« in einer der nationalen Teilrepubliken hätte die Führungen der übrigen Republiken gegen ihn aufgebracht. Neutrales Territorium ist die Region Stawropol aber kaum, eher eine Arena, in der russische und kaukasische Nationalisten aneinandergeraten. In der Stadt Stawropol kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Tschetschenen und Russen. Am 26. Mai 2010 starben vor dem Konzert einer tschetschenischen Musikgruppe sieben Menschen bei einem Bombenanschlag im Kulturhaus der Stadt. Menschenrechtsorganisationen, die sich mit Xenophobie und Rechtsextremismus in Russland beschäftigen, schrieben diesen Terrorakt ultrarechten Organisationen zu, die in Stawropol wie in anderen Teilen Russlands militärisch-patriotische Klubs unterhalten.<sup>91</sup> Die Region setzt sich mit ihrer Symbolpolitik als kolonialer Vorposten Russlands im Kaukasus in Szene. So wurde im Oktober 2008 im Kurort Mineralnye Vody ein Denkmal für den russischen General Alexej Jermolow errichtet, der im 19. Jahrhundert wie kein anderer Statthalter des Zaren grausame Strafexpeditionen gegen den Widerstand der Bergvölker in Marsch setzte. Sogar in der mit Moskau verbündeten tschetschenischen Regierung erhob sich Protest. Die Aufstellung des Denkmals sei respektlos gegenüber den Völkern des Kaukasus.<sup>92</sup>

Die Republik Adygien mit ihrer minoritären, zur nordwestkaukasischen oder tscherkessischen Völker-

gruppe gehörenden Titularnation<sup>93</sup> verblieb im Südlichen Föderalbezirk. Damit wurde die administrative Trennung von den mit ihr eng verwandten Volksgruppen der Kabardiner und Tscherkessen in den Nachbarrepubliken zementiert. Kritische Kommentatoren sahen dies als Ausdruck einer Teile-und-herrsche-Politik, der die Bevölkerung des Kaukasus von Seiten der russischen Zentralgewalt schon in Zeiten des Zarenreichs und der Sowjetunion ausgesetzt gewesen sei. Diese Politik trifft besonders auf den Widerstand der schon beschriebenen tscherkessischen Einigungsbewegung.

Der Sonderbeauftragte des Präsidenten für den neuen Föderalbezirk ist kraft seines Amtes gleichzeitig stellvertretender Premierminister. Damit ist Alexander Chloponin gleichzeitig dem Präsidenten Medwedew und dem Ministerpräsidenten Putin untergeordnet – ein Novum in der Regierungslandschaft der Russischen Föderation. Mit der Berufung eines Wirtschaftsexperten auf diesen Posten, auf dem eigentlich ein *silovik* erwartet wurde, setzte Präsident Medwedew seinen Akzent für den Nordkaukasus in Übereinstimmung mit seinen Modernisierungsbotschaften für die Russische Föderation. Chloponin soll die ökonomische Entwicklung der Region voranbringen.

Die wirtschaftliche Ausrichtung dieser neuen Amtsinstitution wird durch die Liste der Aufgaben bestätigt, die dem neuen Kaukasusgouverneur aufgetragen wurden. Bei allen Fragen, die den Nordkaukasus betreffen, soll er eng mit den anderen acht Vizepremiers Russlands zusammenarbeiten. Dazu gehören Aspekte der Kontrolle über die Finanzhilfen für diese Region aus dem Bundeshaushalt, staatliche Investitionsprojekte und die Entwicklung einer ökonomisch effektiven regionalen Infrastruktur.<sup>94</sup> Weil der neue Kaukasusbevollmächtigte als stellvertretender Ministerpräsident in die föderale Regierung eingebunden sei, habe er die Möglichkeit, direkt in die Wirtschaftspolitik einzugreifen, hieß es in der Moskauer Präsidialverwaltung. Regionalexperten bezweifeln allerdings, dass ökonomische Reformen, wenn sie denn in Zonen erhöhter Unsicherheit überhaupt durchsetzbar sind, den Königsweg zur Konfliktlösung im Nordkaukasus markieren. Unterentwicklung, Armut und hohe Jugendarbeitslosigkeit seien zwar zentrale, aber bei weitem nicht alle Gründe für die Hinwendung zur

morja« [Es erhob sich über den Meeresspiegel], in: *Kommersant*, 20.1.2010.

91 »Five Theories into Stavropol Blast Being Investigated, Suspects Checked«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet Union Political File*, 28.5.2010.

92 Zitiert in: Valery Dzutsev, »Russian Government and Public View North Caucasians with Suspicion«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (15.3.2010) 50.

93 Die Adygier machen nur 24% der Republikbevölkerung aus. 65% entfallen hier auf ethnische Russen.

94 »Aleksandr Chloponin polučil spisok obzjannostej« [Alexander Chloponin hat seine Aufgabenliste erhalten], in: *Kommersant*, 2.2.2010.

Gewalt. Mit den Reaktionen auf den Anschlag in der Moskauer Metro Ende März 2010 trat denn auch wieder der andere, bislang dominierende Akzent russischer Kaukasuspolitik in den Vordergrund. Wieder einmal wurden, diesmal selbst von Präsident Medwedew, hartes Durchgreifen und die Vernichtung der Rebellen bis auf den letzten Mann angekündigt. Auch auf regionaler Ebene, etwa in Dagestan, oszillieren die Aussagen der politischen Führer im Jahre 2010 zwischen neuen Ansätzen zum Dialog mit den Aufständischen und altbekannten Vernichtungsbeschwörungen.

In den russischen Medien wurde Chloponin noch vor seinem Amtsantritt mit den mächtigsten zaristischen Gouverneuren im Kaukasus verglichen.<sup>95</sup> Gleichzeitig wurde in allen Kommentaren darauf hingewiesen, dass schier unlösbare Aufgaben seiner harrten. Präsident Medwedew warnte bei einem Treffen mit lokalen Verwaltungskadern davor, alle Verantwortung für die Modernisierung der Region auf den neuen Mann abzuschieben, und rief seine Gesprächspartner zur Eigeninitiative auf. Chloponin mag ein erfolgreicher Manager und Verwaltungsleiter im sibirischen Krasnojarsk gewesen sein, wo ihm die Zusammenlegung ethnischer Autonomien zu neuen Regionaleinheiten reibungslos gelang. Im Kaukasus stößt ein solches Vorgehen auf ungleich größere Widerstände. Der erste kam erwartungsgemäß aus Tschetschenien, wo der lokale Machthaber direkte Kontakte zum Kreml pflegt und eine Zwischeninstanz zwischen Föderal- und Republikgewalt kaum akzeptieren wird. Schon Chloponins Amtsvorgänger Kosak hatte, als er 2005 neue Verwaltungsmuster einführte, den Widerstand lokaler Machteliten provoziert, zum Beispiel gegen ein neues Finanzverwaltungssystem in besonders subventionsbedürftigen Föderationssubjekten (*dotacionnye regiony*). Gegen Ende seiner Amtszeit wurde Kosaks Durchsetzungsfähigkeit in der Region zunehmend in Frage gestellt. Will Moskau wirklich Gestaltungsmacht im Nordkaukasus gewinnen, müssten das gesamte System des dort herrschenden Klientelismus und die lokalen Herrschaftsstrukturen aufgebrochen und politische Macht völlig neu verteilt werden. Das wäre mit erheblichen Risiken verbunden. Chloponin wird sich nicht nur gegenüber lokalen Machteliten, sondern auch föderalen Akteuren im Nordkaukasus behaupten müssen. Im Mai 2010 kündigte er eine Durchforstung von Filialen der Bundes-

behörden in der Region an. Dieses Verwaltungsgestrüpp besteht aus 113 »föderalen Territorialorganen« mit gut 20 000 Staatsbediensteten. In Zukunft soll nun das Ministerium für regionale Entwicklung in Moskau sämtliche Aktivitäten dieser Behörden koordinieren und kontrollieren.<sup>96</sup>

Zusätzlich zu den administrativen Maßnahmen wurde in der Gesellschaftskammer der Russischen Föderation, dem obersten Forum zivilgesellschaftlicher Repräsentation, eine Arbeitsgruppe für den Nordkaukasus eingerichtet. Sie soll in engem Kontakt mit Chloponin die Mitwirkung von Nichtregierungsorganisationen bei der konflikteindämmenden Politik ausloten. Weiterhin soll sie dem Sonderrepräsentanten Informationen liefern, die ihm von staatlichen Stellen allenfalls dosiert vermittelt werden. Ferner soll die Arbeitsgruppe seinen Dialog mit den gesellschaftlichen Akteuren unterstützen. Der Leiter der Gruppe sieht das Hauptproblem des Nordkaukasus darin, »dass sich die Region vom übrigen Russland völlig abgeschnitten fühlt. Das Gespräch mit dem Kaukasus wird bislang in der Sprache der *siloviki* geführt. Da herrscht das Gefühl vor, dass das föderale Zentrum sich dorthin nur begibt, um militärische Operationen durchzuführen und gegen den Terrorismus zu kämpfen.«<sup>97</sup> Beklagt wird außerdem der Mangel an intraregionaler Kooperation, unter dem auch andere Teile des postsowjetischen Raums leiden, wie Zentralasien und der Südkaukasus. Administrative Grenzen zwischen den nordkaukasischen Teilrepubliken würden als Quasi-Staatsgrenzen fungieren und rigide Trennlinien ziehen.<sup>98</sup> In dieser Hinsicht zeichnete sich Ende 2009 ein Silberstreif am Horizont ab: Die Teilrepubliken Nordossetien und Inguschetien, seit 1992 über einen interethnischen Konflikt verfeindet, schlossen ein Abkommen über gutnachbarliche Beziehungen. Doch bald darauf waren diese starken Belastungen ausgesetzt. Angeblich war es ein Ingusche, der am 7. September 2010 ein Selbstmordattentat in Wladikawkas mit 17 Todesopfern verübte. Das ließ in der

<sup>95</sup> »Ermolov, Barjatinskij, Voroncov ... Chloponin«, in: *Nezavisimaja gazeta*, 22.1.2010.

<sup>96</sup> »Bisher arbeiten die zahlreichen territorialen Filialen der Bundesbehörden in dem Bezirk getrennt voneinander und verfolgen ihre eigenen Ressortinteressen. Das erschwert den Entscheidungsprozess ungemein und verhindert Kontrolle über die Tätigkeit der Beamten«, heißt es aus dem Umfeld des Sonderbeauftragten. »Aleksandr Chloponin skomandoval okrug perestroitsja« [Alexander Chloponin hat dem Bezirk eine Perestroika verordnet], in: *Kommersant*, 15.5.2010.

<sup>97</sup> »Kavkazu nužen dialog« [Der Kaukasus braucht den Dialog], in: *Izvestija*, 28.1.2010.

<sup>98</sup> <www.gzt.ru>, 4.12.2009.

ossetischen Öffentlichkeit den Ruf nach Verriegelung der Grenze mit der Nachbarrepublik erschallen.

Im Mai 2010 traf sich Präsident Medwedew erstmals mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen aus dem Nordkaukasus und russischen zivilgesellschaftlichen Aktivisten. Diese prangerten die gefährlichsten Defizite politischer Kultur in den nordkaukasischen Teilrepubliken an: systemische Korruption, weitverbreiteten Machtmissbrauch unter Verletzung von Menschenrechten und den beklagenswerten Zustand der Justizorgane. Ein dagestanischer Teilnehmer betonte, in seiner Heimat werde durch die extralegale Ausübung von Staatsgewalt ein Nährboden für Märtyrertum und damit für die ständige Zunahme von Selbstmordattentaten geschaffen. Folter von Terrorverdächtigen und die Verfolgung ihrer Verwandtschaft durch Sippenhaft seien genau die Maßnahmen, die eine »Rückholung junger Leute aus den Wäldern« verhindern und für eine verfehlte Strategie von »counterinsurgency« stehen.<sup>99</sup> Präsident Medwedew verbat sich bei dem Treffen zwar eine Dramatisierung der gegenwärtigen Situation im Nordkaukasus im Vergleich zur Entwicklung in der Jelzin-Ära, trug selbst aber zentrale Missstände wie die Korruption in drastischen Worten vor: »Korruption ist ein Verbrechen in jeder Region, nicht nur im Nordkaukasus. Aber nur dort hat sie eine äußerst bedrohliche Form angenommen. Sie bedroht hier die nationale Sicherheit. Sie schwächt die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen. Und leider ist die dort bestehende Korruption ein Fall von Unterstützung für Separatisten und Mörder, die ihr Unwesen auf dem Territorium des Nordkaukasus treiben.«<sup>100</sup>

## Die politischen Regime in den kaukasischen Teilrepubliken

Die Republikführer im Nordkaukasus werden nun dazu angehalten, sich zu einem Team zusammenzufinden, das grundlegende Reformen in die Wege leitet. Reformbestrebungen richten sich aber an Vertreter lokaler Machtstrukturen, die sich an ungestörte Kontrolle über Geldströme aus dem Zentrum gewöhnt haben und deshalb eine Neuausrichtung russischer

Kaukasuspolitik nicht gerade begrüßen.<sup>101</sup> Der Nordkaukasus nimmt eine Sonderstellung hinsichtlich des subnationalen, besser subföderalen Autoritarismus ein, der sich in den Föderationssubjekten Russlands in den 1990er Jahren herausgebildet hat.<sup>102</sup> Dabei unterscheiden sich die lokalen Bedingungen für Machtstrukturen in den kaukasischen Föderationssubjekten. Im ethnisch weitgehend homogenen, aber von Clanstrukturen (teip) geprägten Tschetschenien wird die politische Macht anders verteilt als in der Vielvölkerrepublik Dagestan mit ihrem langjährigen ethnischen Konkordanzmodell. Wiederum anders ist die Ausgangslage in den binationalen Republiken Kabardino-Balkarien und Karatschajewo-Tscherkessien, die vom Machtproporz zwischen der größeren und der kleineren namengebenden Volksgruppe bestimmt ist. Auch das Verhältnis zwischen der Gesellschaft und dem Staat, insbesondere dem jeweiligen Republikführer, unterscheidet sich. In puncto Beliebtheit im Volk stand 2009 Präsident Junus-bek Jewkurow in Inguschetien an der Spitze. 70% der lokalen Bevölkerung bescheinigten ihm Popularität, in krassem Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Murat Sjasikow, unter dessen Herrschaft sich Staat und Gesellschaft quasi im Kriegszustand befunden hatten. Im Mai 2010 allerdings fiel das Vertrauensvotum für Jewkurow mit nur noch 36% schon deutlich bescheidener aus.<sup>103</sup> Ramsan Kadyrow kam 2009 in Tschetschenien auf einen Popularitätswert von 55%, Arsen Kanokow in Kabardino-Balkarien auf 38%, der bis 2010 in Dagestan amtierende Muchu Alijew auf 22% und Taimuraz Mamsurow in Nordossetien auf 14%.<sup>104</sup> Um einen Eindruck von den teils erheblichen Unterschieden zwischen den politischen Regimen zu vermitteln, werden hier die beiden besonders gegensätzlichen Systeme in den Nachbarrepubliken Tschetschenien und Dagestan vorgestellt.

<sup>99</sup> Valery Dzutsev, »Medvedev Meets with Local NGO Leaders in Bid to Stabilize North Caucasus«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (20.5.2010) 98.

<sup>100</sup> Zitiert in: »Russian President Rebukes Rights Official for Criticizing Caucasus Courts«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 19.5.2010.

<sup>101</sup> Valery Dzutsev, »Khloponin's Innovative Approach to the North Caucasus Faces Uphill Struggle«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (6.7.2010) 129.

<sup>102</sup> Vladimir Gelman, »Der subnationale Autoritarismus in Russland«, in: *Politik in Russlands Regionen*, 6.11.2009 (Russland-Analysen Nr. 191), S. 2–5, <[www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen191.pdf](http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen191.pdf)>.

<sup>103</sup> »Only One Third of Ingush Trust Local Leader – Poll«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 12.5.2010.

<sup>104</sup> »Na Severnom Kavkaze najden pik populjarnosti« [Im Nordkaukasus wurde der Gipfel der Popularität gefunden], in: *Kommersant*, 23.12.2009.

## Der Kadyrow'sche Privatstaat

Tschetschenien durchlief in der nachsowjetischen Entwicklung unterschiedliche Formen politischer Herrschaft. In der Phase radikaler Abtrennung von Russland setzte sich ein ehemaliger sowjetischer General tschetschenischer Abstammung, Dschochar Dudajew, an die Spitze der Nationalbewegung und der Republik und entwickelte dabei autokratische Tendenzen, die sich mit der politischen Tradition der Tschetschenen schlecht vertrugen. Die Geschichte dieses Volkes kannte nämlich vor seiner Eingliederung in das russische Vielvölkerreich keine politische Zentralgewalt. Tschetschenien war in »freien Gemeinden« organisiert. Im Widerstand gegen die russische Armee während des ersten Tschetschenienkriegs 1994–1996 scharte sich dann eine tschetschenische »Nation« um Dudajew, der im April 1996 getötet wurde. Sein Nachfolger wurde Aslan Maschadow, der im Januar 1997 in einer von der OSZE beobachteten Wahl zum Präsidenten der »Tschetschenischen Republik Itschkerien« gewählt wurde. Doch Maschadow konnte das Gewaltmonopol gegen autonom auftretende partikularistische Kräfte wie Feldkommandeure aus dem ersten Krieg und Warlords wie Schamil Bassajew nicht durchsetzen. In der Periode ihrer Abtrünnigkeit von der Russischen Föderation 1996–1999 konnte die Republik weder innere noch äußere Souveränität gewinnen und wurde zu einem »schwarzen Loch der Ordnungslosigkeit«. Im zweiten Tschetschenienkrieg errichtete Russland dann ein Statthalterregime unter dem ehemaligen Mufti Achmat Kadyrow und seinem Clan.

Seit 2007 werden politische Entwicklungen in Tschetschenien als »Kadyrowisierung« oder »Ramsanisierung« etikettiert. Gemeint ist die Privatisierung politischer Gewalt durch den lokalen Machthaber. Die Schlagworte stehen einerseits für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Republik. Dieser verschafft dem jungen Präsidenten Ramsan Kadyrow, Nachfolger seines 2004 getöteten Vaters, eine gewisse Popularität in der lokalen Bevölkerung. Andererseits betiteln sie eine fortgesetzte Gewaltherrschaft, die mit dem offiziellen Bild vom befriedeten Tschetschenien unvereinbar ist. Ausländische Besucher, die noch das vom Krieg verwüstete Tschetschenien und seine an zerbombte Städte im Zweiten Weltkrieg erinnernde Hauptstadt vor Augen haben, erkennen diese kaum wieder und bestätigen, dass der Wiederaufbau zumindest in Grosny und der zweitgrößten Stadt Gudermes voranschreitet. Trotz fortgesetzter Kämpfe mit dem bewaffneten Untergrund erscheint Tschetschenien unter seinem

heute 34-jährigen Präsidenten friedlicher, vergleicht man es mit den Zuständen zwischen 1994 und 2005.<sup>105</sup> Putins Politik der Tschetschenisierung wurde von Kritikern als Übertragung unbeschränkter Vollmacht von föderalen auf regionale Autoritäten zur Ausübung illegaler Gewalt bezeichnet. Dennoch führte sie zunächst dazu, dass die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung abnahm. Laut der Menschenrechtsorganisation Memorial ging die Zahl der zuvor massenhaften Entführungen junger Männer zurück. In Meinungsumfragen nannte die lokale Bevölkerung nicht mehr die Furcht vor solchen Übergriffen an erster Stelle ihrer Beschwerden, sondern die Korruption, für die vor allem der Clan aus Zenteroi, dem Heimatort der Kadyrows, berüchtigt ist.<sup>106</sup> Gleichwohl basiert der Kadyrow'sche Privatstaat nach wie vor auf Gewaltherrschaft. Russische Menschenrechtsorganisationen werfen Kadyrow vor, er entledige sich seiner politischen Gegner systematisch durch Mord. Seit seiner Ernennung zum Präsidenten der Republik im Frühjahr 2007 wurde eine Reihe von Mordanschlägen auf tschetschenische Politiker verübt, sowohl in Russland als auch im Ausland, darunter in Österreich, der Türkei und Dubai. Zu den prominentesten Opfern zählten Sulim Jamadajew, ein hoher Militärkommandeur in russischen Diensten, und sein Bruder Ruslan, ein ehemaliger Abgeordneter der Staatsduma.

Im April 2010 beschuldigte der österreichische Verfassungsschutz den tschetschenischen Präsidenten, die Ermordung seines ehemaligen Leibwächters Umar Israilow am 13. Januar 2009 in Wien veranlasst zu haben. Eine Anklageerhebung gegen Kadyrow als Auftraggeber dieses Attentats könnte in einen internationalen Haftbefehl münden. Auch auf Morde an Menschenrechtsaktivisten und Journalisten, die für kritische Berichterstattung über Tschetschenien bekannt sind, wird in diesem Zusammenhang aufmerksam gemacht, neben dem weltbekannten Fall Anna Politkowskaja besonders auf die Tötung der Menschenrechtsaktivistin Natalja Estemirowa am 15. Juli 2009. Diese hatte über eine erneute Zunahme von Menschenrechtsverletzungen nach der Aufhebung des tschetschenischen Sonderstatus im April 2009 berichtet und dem geschönten Bild vom befriedeten Tschetschenien widersprochen.

<sup>105</sup> Valery Dzutsev, »Kadyrov the Peacemaker?«, *Transitions Online*, 5.2.2010.

<sup>106</sup> Jonathan Littell, »Die Hölle ist behaglich geworden«, in: *Die Zeit*, (19.11.2009) 48, S. 49.

Im Februar 2010 besuchte eine Delegation des britischen Oberhauses unter Leitung von Lord Frank Judd die Kaukasusrepublik und traf sich mit Offiziellen, Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsaktivisten. Die Delegation stellte fest, dass die Wiederaufbaumaßnahmen Tschetschenien zwar deutlich verändert hätten, die Menschenrechtssituation aber prekär bleibe: »Es gibt nach wie vor extralegale Straflager, Menschen verschwinden, auf Zeugen wird Druck ausgeübt und Häuser werden niedergebrannt.«<sup>107</sup> Auch offizielle russische Menschenrechtspolitikern verweisen auf unverändert gravierende Missstände auf diesem Feld, sowohl in Tschetschenien als auch in anderen Teilen des Nordkaukasus.<sup>108</sup> Der Europarat bezeichnet in einem Bericht von 2010 die Lage in Tschetschenien und im gesamten Nordkaukasus als schockierend. Das Vertrauen der Bevölkerung werde immer noch von extralegalen Maßnahmen der Staatsorgane untergraben, die eine »perverse Spirale der Gewalt« fördern.<sup>109</sup> Human Rights Watch lobte in einer Ansprache an Präsident Medwedew vom 19. Mai 2010 die jüngsten Entscheidungen Moskaus zum Nordkaukasus und den Willen, die Probleme in der Region mit klügeren Maßnahmen als bislang anzugehen. Die Organisation betonte, niemand stelle das Recht Russlands auf die Bekämpfung von Terrorismus und bewaffnetem Aufstand in Frage, stellte jedoch klar, dies müsse legal geschehen. Nach wie vor sei hier Straflosigkeit die Regel. In Tschetschenien habe sich unter Kadyrow ein System der Sippenhaft bei der Verfolgung des bewaffneten Untergrunds etabliert, in dem systematisch Häuser der Verwandten sogenannter Terrorverdächtiger in Brand gesteckt würden und Entführungen und Folter immer noch an der Tagesordnung seien.<sup>110</sup>

Tschetschenien unter Ramsan Kadyrow steht für eine besondere Ausprägung des subnationalen Autoritarismus in Russland. Auf kultur-, religions-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Ebene demonstriert der Kadyrow'sche Privatstaat Eigenständigkeit gegen-

über Russland, bekundet aber strikte Loyalität zu seinem Protektor Wladimir Putin. Russische Kommentatoren stellen fest, dem kremltreuen Kadyrow sei eine effizientere Sezession gelungen als den bewaffneten Separatisten. Nach Aufhebung des Status einer »Sonderzone der Terrorismusbekämpfung« im April 2009 tat Präsident Kadyrow einen ersten bedeutsamen sicherheitspolitischen Schritt, indem er sich dagegen aussprach, Polizeieinheiten aus verschiedenen Teilen der Russischen Föderation nach Tschetschenien zu entsenden. Die Republik verfüge doch schließlich über selbsttragende Sicherheitsstrukturen.<sup>111</sup> Gelegentlich kommt es in Tschetschenien zu Schusswechseln zwischen russischem und Kadyrow nahestehendem Militär. Im Juli 2010 wurde Letzteres gar beschuldigt, bei einer Sonderoperation im Februar Aufständische gegen föderale Truppen unterstützt zu haben.<sup>112</sup> Besonders auf religionspolitischem Terrain beschreitet Kadyrow eigene Wege, auf die bereits eingegangen wurde.

Zunehmend zeichnet sich ein Konflikt zwischen seiner Lokalherrschaft und dem russischen Zugriff auf den neuen Nordkaukasischen Föderalbezirk ab. In Gestalt von Chloponin wagte erstmals ein Angehöriger der russischen Regierung, Kritik an Kadyrow und seiner Außenpolitik zu üben. Mit Bezug auf dessen Staatsbesuche im Mittleren Osten stellte er die Frage, was der tschetschenische Präsident denn im Ausland repräsentiere: Russland oder seinen eigenen Machtbereich. Bislang hat das föderale Machtzentrum stets Wert darauf gelegt, die außenpolitische Kommunikation seiner Föderationssubjekte zu kontrollieren, und ihnen nur eingeschränkt erlaubt, mit ausländischen Regierungen zu verhandeln. Auch in dieser Hinsicht bildet Tschetschenien unter Kadyrow eine Ausnahme. Es mehren sich Anzeichen für ein Zerwürfnis zwischen Moskau und Grosny und einen weiteren – diesmal hoffentlich nur politischen – Tschetschenienkonflikt.<sup>113</sup> Kadyrows Herrschaft wird auch im eigenen Land immer noch militärisch herausgefordert, wie der Terroranschlag auf das Parlament in

**107** Tim Wall/Oleg Nikishenkov, »British MPs »Disturbed« by Chechnya Visit«, in: *Moscow News*, 25.2.2010.

**108** »Russian Official Admits Human Rights Situation Difficult in Chechnya«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 23.4.2010.

**109** »Medwedew als Heilsbringer im Kaukasus? Der Europarat hofft auf einen neuen Kurs Russlands«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 19.6.2010, S. 5.

**110** Tanya Lokshina, »Address to President Medvedev at His Meeting with the Presidential Civic Society Council and Independent Experts on Human Rights in the North Caucasus«, *Human Rights Watch*, 19.5.2010.

**111** »Kadyrov against Policemen from Other Russian Regions Coming to Chechnya«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 13.3.2010.

**112** Valery Dzutsev, »Kadyrov's Forces Accused of Aiding the Insurgency and Obstructing Federal Forces«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (19.7.2010) 138.

**113** Valery Dzutsev, »Moscow Grows Weary over Kadyrov's Excessive Independence«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (2.8.2010) 148.



Grosny im Oktober und eine Offensive gegen seinen Heimatort Zenteroi im August 2010 gezeigt haben.

### **Dagestan: Vom ethnischen Konkordanzmodell zur Machtvertikale**

Wenn es um den Nordkaukasus geht, richtet sich die internationale Aufmerksamkeit zumeist auf Tschetschenien. Für Russland aber ist Dagestan die strategisch bedeutendste Teilrepublik in der Region, am Kaspischen Meer gelegen und von 2,7 Millionen Menschen bewohnt. Unter den heute 83 Regionen der Russischen Föderation, darunter 26 nationale Teilrepubliken, stellt es ein besonderes Föderationssubjekt dar. Lange Zeit war es von einem ethno-politisch begründeten Pluralismus und dem Fehlen jeglicher Machtvertikale gekennzeichnet. Aufgrund seines ungewöhnlichen Ensembles politischer Institutionen unterschied es sich bis vor kurzem nicht nur von seinen kaukasischen Nachbarn, sondern auch von allen übrigen Regionen. Wegen seiner ausgeprägten Vielvölkerstruktur war gerade Dagestan beim Übergang von der sowjetischen in die nachsowjetische Periode ein Kandidat für interethnische Konflikte. Doch mit der Einführung einer nachsowjetischen Republikverfassung 1994 folgte die Politik hier den Anforderungen einer segmentierten Gesellschaft, in der Macht ethnisch und tribal ausgehandelt wird, und konnte damit ein Mindestmaß an Frieden wahren.<sup>114</sup> Aus triftigen ethno-politischen Gründen wurde auf das Amt eines Präsidenten verzichtet, das in den meisten nationalen Teilrepubliken der Russischen Föderation bestand. Ein Staatsrat aus Mitgliedern der 14 Hauptnationalitäten fungierte als kollektives Oberhaupt der Republik. Höchster Posten war der des Staatsratsvorsitzenden, der unter Repräsentanten der ethnischen Gruppen rotieren sollte.

Diese politische Struktur sollte den Zusammenhalt der Republik und ihre Integration in die Russische Föderation gewährleisten. Das Arrangement war aber so sehr vom Neben-, Mit- und Gegeneinander ethnischer Parteien bestimmt, dass die Politik vollauf mit dem Ausbalancieren von Claninteressen beschäftigt war und sich daher kaum den Herausforderungen der nachsowjetischen Epoche stellen konnte.<sup>115</sup> Zudem

kam das vereinbarte Rotationsprinzip nicht wirklich zur Geltung. Der erste Vorsitzende, der Darginer Magomed Magomedow, hielt sich 13 Jahre lang als Präsidentenersatz an der Spitze des Staatsrats. Nachdem auf Initiative des russischen Präsidenten 2004 ein föderales Gesetz über die Ernennung der Regions- und Republikoberhäupter verabschiedet worden war, musste auch Dagestan ein Präsidialsystem wie in den übrigen russischen Teilrepubliken einführen. Im Februar 2006 ernannte Präsident Putin Muchu Alijew, zuvor Parlamentsvorsitzender, zum ersten dagestanischen Präsidenten. Dieser institutionelle und personelle Wechsel mit Hilfe einer neuen Machtvertikale kam zu einem Zeitpunkt, zu dem Dagestan sich als Krisenzone entpuppte, die Tschetschenien noch in den Schatten zu stellen drohte. Präsident Alijew bestätigte zwar, tiefgreifende Strukturreformen seien dringend notwendig, konnte aber die weitere Destabilisierung nicht verhindern und scheiterte später bei dem Versuch, sich für eine zweite Amtsperiode zu empfehlen.

Zu Beginn des Jahres 2010 wurden die Beziehungen zwischen Moskau und Machatschkala also erneut auf die Probe gestellt, weil ein neuer Präsident benötigt wurde. Diese wichtige Personalie wurde im Kreml entschieden, was dazu beitrug, die innenpolitische Szene vor Ort aufzuwühlen und die Gewalt in der Republik auf einen neuen Höhepunkt zu treiben. Die kremlkritische *Novaja gazeta* vermerkte: »Die wirkliche Präsidentenwahl für Dagestan findet innerhalb des Kreml statt, während zweitausend Kilometer weiter südlich wüste Kämpfe um diese Position ausgetragen werden.«<sup>116</sup> Der im Februar 2010 eingesetzte Präsident Magomedalam Magomedow, Sohn des ehemaligen Staatsratsvorsitzenden, steht nun vor der Aufgabe, die ethnische Machtbalance zu wahren und die Ämter zumindest zwischen den größten Ethnien der Awaren, Darginer und Kumyken einigermaßen störungsfrei zu verteilen.

Politische Machtkämpfe verbinden sich in Dagestan mit islamistischer Mobilisierung. Anstelle der »ethnischen Unternehmer« vom Beginn der nachsowjetischen Periode traten seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend islamistische Gruppen als politische Kräfte und teilweise als Gewaltakteure in Erscheinung. 1998 vollzogen einige Gemeinden eine »islamische Sezession« aus der korrupten Republikverwaltung und

<sup>114</sup> Robert Bruce Ware/Enver Kisriev, *Dagestan. Russian Hegemony and Islamic Resistance in the North Caucasus*, Armonk, N.Y./London: M.E. Sharpe, 2010, S. 70–87.

<sup>115</sup> Otto Luchterhandt, *Dagestan – Unaufhaltsamer Zerfall einer gewachsenen Kultur interethnischer Balance?*, Hamburg: Institut

für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 1999 (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 118).

<sup>116</sup> *Novaja gazeta*, 11.1.2010.

stellten sich auf die Rechtsbasis der Scharia. Als aber islamistische Feldkommandeure aus Tschetschenien sich einmischten, ernteten sie im August 1999 breiten Widerstand in der Bevölkerung Dagestans, die in ihrer Mehrheit durchaus nicht den sogenannten Wahhabiten und dem Jihad zugeneigt ist. Gleichwohl bildet heute die Dagestanische Front Scharia einen wesentlichen Bestandteil der bewaffneten Untergrundstruktur des »Kaukasischen Emirats«.

Die Einrichtung einer präsidentialen Machtvertikale hat Dagestan keineswegs zu politischer Konsolidierung und Befriedung verholfen. War in den beiden Jahren zuvor Inguschetien Rekordhalter im Nordkaukasus hinsichtlich Gewalt und politischer Instabilität, nimmt 2010 wieder die größte Teilrepublik der Region diesen Platz ein. Im Sommer 2010 lag Dagestan laut CSIS mit 165 Todesopfern durch »incidents of violence« weit vor Tschetschenien (86) und Inguschetien (53).<sup>117</sup>

**117** CSIS, *Violence in the North Caucasus. Summer 2010: Not Just a Chechen Conflict*, Washington, D.C., 2010, S. 4.

## Ausblick: Europa und der Nordkaukasus

Der Anspruch Russlands, Entwicklungen in seiner Peripherie exklusiv als seine innere Angelegenheit zu behandeln, machte den Nordkaukasus für internationale Politik bislang weitgehend unerreichbar, obwohl diese Region hochgradig friedens- und entwicklungsbedürftig ist. Seit dem zweiten Tschetschenienkrieg schränkte die russische Regierung den Zugang zu nordkaukasischen Teilrepubliken für Ausländer ein. Weite Teile der Region galten als Grenzzonen, für deren Betreten eine spezielle Erlaubnis des Inlandsgeheimdienstes FSB benötigt wird. Ausländische Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten unterlagen im Nordkaukasus erheblichen Restriktionen. Auf diese Weise wurde die Region von der Außenwelt abgeschottet. Nun setzt Präsident Medwedew aber Akzente in Richtung ihrer Öffnung, indem er 2010 Verwaltungsreformen einleitete und Wirtschaftsförderung als entscheidende Entwicklungsstrategie propagierte. Nach einem Treffen Medwedews mit dem Präsidenten der Weltbank, Robert Zoellick, verlautete aus dem Kreml, neue Weltbankprojekte in Russland für 2010 würden besonders den Nordkaukasus berücksichtigen.<sup>118</sup> Als erste ausländische Investoren meldeten Credit Suisse und ein Finanzkonzern aus den Vereinigten Arabischen Emiraten Interesse an, sich an den von Moskau nun besonders geförderten Tourismusprojekten in der Region zu beteiligen.<sup>119</sup> Von intensiver ausländischer, ja selbst inländischer Investitionstätigkeit ist der Nordkaukasus mit seinen ungelösten Sicherheitsproblemen allerdings noch weit entfernt.

Gleichwohl könnte stabilitätspolitische Kooperation im Nordkaukasus, zu der sich Präsident Medwedew unter dem Stichwort Modernisierungspartnerschaft bekennt, eine Rolle bei der Öffnung Russlands gegenüber Europa spielen. Ein Anzeichen dafür wurde im Juni 2010 in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats registriert, der sich in der Vergangenheit kritisch mit der Situation in Tschetschenien auseinandergesetzt hat. In Straßburg wurde ein Bericht

des Schweizer Juristen Dick Marty über die gegenwärtige menschenrechtspolitische Lage im Nordkaukasus präsentiert. Marty beklagt die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen und besonders ein Klima der Einschüchterung unter dem tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow. Erstmals reagierte die russische Seite auf solche Kritik nicht mit scharfem Protest. Duma-Abgeordnete im Rechtsausschuss des Europarats, die früher bei Beschwerden über die russische Kaukasuspolitik in Rage gerieten, wirkten bei der Formulierung des Berichts konstruktiv mit. Mit Ausnahme der Kritik an Kadyrow bezeichnete der russische Delegationsleiter den Bericht als sachlich und hilfreich: »Nur ein Idiot« könne in Abrede stellen, dass im Kaukasus Menschenrechte verletzt werden und Rechtsschutzorgane korrupt sind.<sup>120</sup> Dabei keimte in Straßburg die Hoffnung auf, dass Russland sein bisher einseitig auf Gewalt setzendes Vorgehen tatsächlich zu korrigieren gedenkt.<sup>121</sup> Auch wenn der Nordkaukasus im Unterschied zum Südkaukasus außerhalb der Reichweite Europäischer Nachbarschaftspolitik und Östlicher Partnerschaft liegt, gibt es reichlich Grund für europäische und deutsche Politik, diese Neuausrichtung zu unterstützen. Wie an anderer Stelle dargestellt, ist keine andere postsowjetische Region bei den Themen Extremismus und Terrorismus so exponiert wie diese. Nach dem russisch-georgischen Augustkrieg von 2008 hat die EU im Südkaukasus verstärkt Position in der Konfliktbearbeitung bezogen, vor allem mit ihrer Beobachtungsmission an den administrativen Grenzen Georgiens zu Abchasien und Südossetien. Sie steht mit dieser Mission an einer Nahtstelle zwischen Süd- und Nordkaukasus.

Schon 2004 nach dem Terrorakt von Beslan wurde zwischen Berlin und Moskau eine Öffnung des Nordkaukasus gegenüber europäischer Politik in Erwägung gezogen. Bei seinem Deutschlandbesuch im Dezember 2004 bekundete Präsident Putin erstmals Bereitschaft, mit westlichen Partnern eine stabilitätspolitische

<sup>118</sup> Valery Dzutsev, »Moscow Struggles to Control and Modernize the North Caucasus«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (19.2.2010) 34.

<sup>119</sup> »Investory potjanulis' na Kavkaz« [Investoren zog es in den Kaukasus], in: *Kommersant*, 11.6.2010.

<sup>120</sup> So Sergej Markow, zitiert in: *Izvestija*, 24.6.2010.

<sup>121</sup> »Medwedew als Heilsbringer im Kaukasus?« [wie Fn. 109], S. 5; Ellen Barry, »Russian Envoys Back European Criticism of Kremlin's Caucasus Policy«, in: *New York Times*, 22.6.2010, <[www.nytimes.com/2010/06/23/world/europe/23russia.html?ref=todayspaper](http://www.nytimes.com/2010/06/23/world/europe/23russia.html?ref=todayspaper)>.

Kooperation in dieser Region zu erörtern. Brüssel schickte im April 2005 eine Delegation in einige Teilrepubliken des Nordkaukasus, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuloten, die die sozialökonomische Entwicklung in und um Tschetschenien verbessern sollte.<sup>122</sup> Doch die Ankündigung solcher Zusammenarbeit im Nordkaukasus geriet schnell in Vergessenheit. Immerhin entfaltet sich ein gewisses Maß ausländischen Engagements auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Kooperation. Die EU und einzelne europäische Länder wie die Schweiz unterstützen Nichtregierungsorganisationen bei Projekten, mit denen sozialökonomische Ursachen der Gewaltzunahme angegangen werden sollen.<sup>123</sup> Dem liegt die Annahme zugrunde, dass hauptsächlich die Perspektivlosigkeit junger Bevölkerungsgruppen, Korruption und schlechte Regierungsführung für die Instabilität im Nordkaukasus verantwortlich sind. Diese Sicht deckt sich mit neuen Verlautbarungen aus Moskau. Premierminister Putin stellte im Juli 2010 einen Strategieplan bis 2025 für den Nordkaukasus vor. Mit Hilfe des Plans sollen zentrale Missstände beseitigt werden, darunter Clanwirtschaft, Korruption und primitive Wirtschaftsformen.<sup>124</sup> Auch in Moskau wächst die Einsicht, dass die bisherigen Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe die Destabilisierung der Region eher befördert als eingedämmt haben. Dieser Erkenntnis sollte im Dialog Deutschlands und der EU mit Russland mehr Gehör verschafft werden. Protagonisten einer Modernisierungspartnerschaft, die Präsident Medwedew mit Europa sucht und für die er Deutschland als Schlüsselland ansieht, können an der prekären Situation in Russlands innerem Ausland nicht vorbeisehen. Der Trinkspruch »Auf die Lösung aller Konflikte!«, mit dem Außenminister Lawrow auf den 10. Petersburger Dialog im Juli 2010 anstieß, sollte Russlands eigene Konfliktregion nicht ausklammern.

## Abkürzungsverzeichnis

ASSR	Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
CSIS	Center for Strategic and International Studies (Washington, D.C.)
FSB	Federal'naja služba bezopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst)
KAFFED	Kafkas Federasyonu Derneği (Föderation kaukasischer Vereine)
WZIOM	Vsserossijskij centr izučenija obščestvennogo mnenija (Allrussisches Zentrum für Meinungsforschung)

<sup>122</sup> Uwe Halbach, *Der Kaukasus in neuem Licht. Die EU und Russland in ihrer schwierigsten Nachbarschaftsregion*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2005 (SWP-Studie 35/2005), S. 31–34.

<sup>123</sup> So implementiert Swisspeace zusammen mit russischen Nichtregierungsorganisationen das Projekt »Humanitärer Dialog zur Stärkung der Sicherheit für Zivilbevölkerung im Nordkaukasus«.

<sup>124</sup> Evgenija Pis'mennaja/Marija Cvetkova, »Ofšor Chlopovina« [Chloponins Steueroase], in: *Vedomosti*, 2.7.2010.